Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 476. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 11. October 1878.**

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

9. Sitzung vom 10. October.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Graf Stolberg, Hofmann, Graf zu Eulenburg, Friedberg u. A.

Die gestern vertagte Debatte über § 1 des Socialistengesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Hasselmann wiederholt in einem zweistündigen Vortrage die socialdemokratischen Lehren, wie sie in der Broschüren-Literatur der Partei niedergelegt sind. Das Haus hört ihm mit Geduld bis zur Ermüdung zu, die erst bei den letzten Worten des Redners in einen Sturm der Entrüstung umschlägt. Die wesentlichen Sätze der Rede waren etwa diese: In dieser Vorlage hat sich der absolutistische Polizeistaat nackt enthüllt, wie wir es längst erwartet haben. In Deutschland wird nur wiederholt, wozu Frankreich das Vorbild gab. Man will die Masse des Volkes um ihre gerechten Ansprüche bringen und ahmt sklavisch nach, was Napoleon III. vorgemacht hat. Bisher hatten Sie eine friedliche, ruhige Agitation; was jetzt kommt, werden Sie ja sehen, aber alle Verantwortung fällt auf Sie; das Blut, das etwa vergossen werden sollte, belastet die, welche den Kampf hervorgerufen haben. Unter allen Umständen weiß die Socialdemokratie, was sie zu thun hat; sie wird die nothwendigen Opfer bringen; für jedes ihrer Mitglieder, das im Kampfe fällt, treten zehn andere voll Begeisterung ein. Der Reichskanzler hat keine Ahnung davon, was die Socialdemokratie ist, dabei spricht er selbst demokratische Ansichten aus und macht in agitatorischer Weise für socialistische Productivgenossenschaften Propaganda. Auch hält er Lassalle für einen Monarchisten. Nun, ich gehörte zu den frühesten Anhängern Lassalle's und bin noch heute Lassalleaner, aber ich würde es nicht sein, wenn er Monarchist gewesen wäre. Man hat gesagt, Lassalle habe anders gesprochen, je nachdem er mit Eingeweihten oder Uneingeweihten verhandelt habe. Jedenfalls waren seine Anhänger unter den Arbeitern eingeweiht, während er Herrn v. Bismarck gegenüber das Bild von Sais vielleicht verschleiert haben mag.

Es ist zu komisch, daß Fürst Bismarck, der in seinen Bemerkungen über die Productiv-Associationen ein förmliches Pronunciamento des Socialismus in die Welt geschleudert hat, die socialistischen Bestrebungen mit Gewalt ausrotten will. Bismarck's Vergleiche mit dem Mittelalter treffen nicht zu. Von den Arbeitern ist damals freilich auch das Eigenthum respectirt worden, aber nicht von den adeligen Rittern. Hieß es doch in der Mark: „Rauben und Stehlen ist keine Schande, thun es ja die Besten im Lande." Die Socialdemokratie will gerade die Heiligkeit des Eigenthums schützen, aber freilich nicht des Besitz-, sondern des eigentlichen, des Arbeitseigenthums. Fürst Bismarck hat gesagt, wir machten in diesem Hause niemals positive Vorschläge, allein dann muß er in der That nicht wissen, was seit 10 Jahren vorgegangen ist. Die Vertreter unserer Partei haben ja unaufhörlich positive Reformvorschläge betreffs der Gewerbegesetzgebung gemacht. Wäre Fürst Bismarck nicht Reichskanzler, so würde man wirklich annehmen müssen, daß er wider besseres Wissen unrichtige Behauptungen aufgestellt hat, aber ein Reichskanzler ist natürlich über diesen Verdacht erhaben. (Heiterkeit. Unruhe.) Fürst Bismarck hat zuerst in Deutschland einen König vom Throne gestoßen, er hat 10 Millionen Oesterreicher aus ihrem deutschen Vaterlande ausgeschlossen. Wer ist denn nun der wahre Patriot: der, welcher Blut und Eisen zu seinem Wahlspruch macht, oder der, welcher den Frieden unter den Völkern verlangt? Die socialistischen Arbeiter sind immer für den Frieden. Als 1870 die Polizeispitzel auf den Pariser Straßen riefen: à Berlin! da zogen die dortigen Arbeiter, welche sich zum Socialismus bekannten, unter der Führung von Raudier mit einer Fahne umher, auf der zu lesen war: vive la paix! Sie wurden natürlich mit Gewalt gehindert, wie die deutschen Socialdemokraten an ihren Friedensdemonstrationen nach Sedan gehindert wurden. Raudier war ein echter Socialdemokrat; er kämpfte später bis zum letzten Augenblicke auf den Barrikaden der Commune und lebt heute als Verbannter in Amerika.

Ferner sagt Fürst Bismarck, wir wollen die Familie zerstören. Wer aber zerstört in Wahrheit die Familie? Das Massenelend. Wir kämpfen für die Familie, gegen die Prostitution, welche aus dem Klassenunterschiede entspringt und die Tochter des Armen dem reichen Lüstling preisgiebt. Fürst Bismarck hat der Commune vorgeworfen, daß sie keine socialen Versuche angestellt hat, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Aber wie wäre das möglich gewesen während weniger Wochen in einer belagerten, mit Bomben überschütteten Stadt? Hat doch er selbst in anderthalb Jahrzehnten seine beabsichtigten socialen Reformen noch nicht ins Werk setzen können. Früher hat Fürst Bismarck ja selbst anerkannt, daß in der Pariser Commune ein berechtigter Keim gewesen sei, obgleich er selbst die Versailler bei der Belagerung von Paris durch die deutsche Armee hat fordern lassen. (Der Präsident erinnert den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Fürst Bismarck sieht eine Ursache der Socialdemokratie darin, daß der Bäckermeister Rentier und Millionär werden wolle. Das klingt ja gerade so, als ob Bleichröder und seine diplomatischen und sonstigen Freunde uns unterstützten. Das Märchen, daß Steinträger jemals zehn Thaler pro Tag verdient haben, weise ich zurück. In ihrer Weise haben freilich auch Bleichröder und Genossen unsere Partei gefördert durch ihre Agiotage und Börsengeschäfte. Nun möchte man uns gern zu Gewaltmaßregeln treiben, um die Socialdemokratie blutig niederschlagen zu können. Zu Pfingsten waren die Truppen in den hiesigen Kasernen consignirt und mit Munition versehen.

Der Präsident ruft den Redner wiederum zur Sache und zwar zum ersten Male in der von der Geschäftsordnung vorgesehenen Weise.

Abg. Hasselmann: Es heißt Ursache mit Wirkung verwechseln, wenn Fürst Bismarck das Darniederliegen der Geschäfte auf das Conto der Socialdemokratie schiebt. Sie ist gerade der Nothschrei des Proletariats. Die moderne Gesellschaft leidet an zwei unheilbaren Gebrechen, an dem ehernen Lohngesetz, welches das Einkommen der Arbeiter auf ihren nothwendigen Lebensunterhalt beschränkt, und in den Handelskrisen, die sich mit erschreckender Regelmäßigkeit folgen und ein Resultat der planlosen Production sind. Wir verlangen — und ein anderes Heilmittel giebt es nicht — daß alles, was an Tauschwerth in der Gesellschaft producirt wird, den Arbeitern gehört. Der Arbeiter soll nicht dem Arbeitswerkzeuge preisgegeben, nicht Unterthan des Capitals sein. Der Einwurf, daß in socialistischen Productiv-Associationen von oben herab alles in brutaler Weise reglementirt werden müßte, ist nicht zutreffend. Diese Associationen würden natürlich demokratisch auf breitester Grundlage organisirt sein. Jeder Arbeiter könnte sich bei radicalster Freizügigkeit als gleichberechtigtes Glied zum Eintritte in sie melden und müßte aufgenommen werden. Es würde nicht wie jetzt sein, wo die Großkophtas von Fabrikanten darüber entscheiden, ob ein Arbeiter Brot haben soll oder nicht. Die socialistischen Productiv-Associationen würden dann auf Grund des statistisch festgestellten Bedarfs arbeiten; solche Dinge, wie heutzutage, wo in Rheinland und Westfalen zwei Drittel aller Arbeitsmittel brach liegen, kämen nicht vor und jedenfalls, was man auch immer gegen solche Einmischung sagen mag, so liegt doch auf der Hand, daß sie viel weniger Elend und Hunger zuläßt, wie jetzt herrscht. Aber dazu will man es eben nicht kommen lassen. Wenn man die Gewalt will, so werde ich und meine Freunde, die in der ersten Reihe der Arbeiter stehen, gern kämpfen, unser Blut vergießen und unser Leben lassen. Wir gehen gern in den Kampf und werden ringen Brust an Brust.

Präsident: Der Redner geht über die Grenzen des parlamentarisch Zulässigen hinaus; seine Ausführungen streifen nahe an die directe Provocation zum Aufruhr. (Beifall.)

Abg. Hasselmann: Ich sage nur, was Fürst Bismarck gesagt hat; wir wollen den Frieden, aber in einer Gesellschaft von Banditen ... (Stürmische Unterbrechung.)

Präsident: Ich wiederhole, daß die Rede nahe an die directe Provocation zum Aufruhr streift und rufe den Redner zur Ordnung. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Hasselmann: Ich will den Frieden, aber mag sich Fürst Bismarck an den 18. März 1848 erinnern!

Abg. Löwe: Wenn ich auch auf die ermüdenden Ausführungen des Vorredners nicht mit voller Frische antworten kann, so bin ich ihm doch dankbar, daß er endlich einmal ein Bild seines Zukunftsstaates entrollt hat. Ich danke auch dem Herrn Präsidenten für die große Geduld, mit der er jene Ausführungen angehört hat, denn sonst würden die Socialdemokraten sagen können: wir wollten Alles so schön darlegen, aber man hat uns nicht hören wollen. Sonderbar berühren uns die Klagen über den großen Polizeistaat, in dem wir angeblich leben, wenn wir daran denken, wie die Production in dem Zukunftsstaate vor sich gehen soll, und wo sogar eine Statistik darüber nöthig werden würde, wie viel Jeder ißt und trinkt. Nach dem Bilde, welches der Vorredner entrollt hat, ist es gar nicht möglich, daß er den Fabrikanten noch unter das Gesetz stellt; er muß von vornherein mit der Confiscation seines Eigenthums anfangen. Wenn das allerschlimmste, was man von diesem Gesetze, von reactionärer Gesellschaft und Regierung erwarten könnte, einträte, so wäre es immer noch ein gesegneter Zustand gegen die Verhältnisse in jenem Zukunftsstaate. (Sehr richtig!) Ich habe mich von Kindheit auf als allein stehender Mensch durcharbeiten müssen und gewiß Jahre hindurch weniger gebraucht, als die Herren, die jetzt so sehr über die Noth der Arbeiter klagen. Liegt es denn so, daß wir jetzt in unseren gesellschaftlichen Bestrebungen still stehen und auf die sociale Revolution warten, weil der sogenannte vierte Stand immer mehr zurückgegangen und keine Hilfe mehr zu schaffen ist? Seit mehr als vierzig Jahren bin ich Armenarzt in Berlin, Köln, Halle und anderen Städten gewesen, ich habe die Wohnungen der Arbeiter gesehen, damals und heute und kann sagen: kein Stand hat sich im Ganzen und Großen so gehoben, wie der Arbeiterstand. Er wohnt, kleidet sich und ißt besser, als früher, und mancher Arbeiter verbraucht mehr Taschengeld, als früher für die ganze Familie verdient wurde.

Wenn Jemand schlechter gestellt ist als früher, so ist es der kleine Handwerker, der kleine Beamte, der Lehrer, der Arzt mit beschränkter Praxis. Diese Leute, die früher sich in Ehren einigen Lebensgenuß verschaffen konnten, nagen heute am Hungertuche mehr als die arbeitenden Klassen. Und wenn der Abgeordnete Fritzsche klagt über den Rückgang des kleinen Handwerks und in demselben Athemzuge davon spricht, daß man durch das Contractsbruchgesetz die Arbeiter habe knebeln wollen, so frage er nur den kleinen Handwerker, woran er zu Grunde geht? Es ist die Unzuverlässigkeit seiner Arbeiter und Gesellen. Ich danke dem Vorredner, daß er den Weg der Vertheidigung verlassen hat, wonach die socialdemokratischen Bestrebungen als unschuldig dargestellt werden. Wenn man diese Bestrebungen einzeln nimmt, so erscheinen sie ja sehr unschuldig, aber wenn man sieht, wie sie in's Werk gesetzt werden sollen, so zeigt sich doch, daß sie es nicht sind. Eine Definition der Socialdemokratie haben wir nicht; es ist die Beschreibung eines krankhaften Zustandes, und das pathognomische Merkmal daran ist, wie vielfach hervorgehoben wurde, die Methode der Organisation, welche darin liegt, daß sie nur mit Haß gegen die anderen Klassen arbeitet und den Arbeiterstand moralisch von den anderen Klassen zu trennen sucht. Nicht ein Wort aus dem anderen Lager soll zu ihm dringen. Am Allerschlimmsten werden Diejenigen verfolgt, welche in den humanitären Bestrebungen das Größte und Beste geleistet haben, von deren besserer Sachkunde die Vorschläge, was denn geschehen soll, entliehen sind. Und diese Leute, von deren System sie stückweis angenommen haben, was sie Positives haben, werden am meisten geschimpft, verläumdet, verfolgt, vor Allen unser verehrter College Schulze, der aus der freien Genossenschaft dem Arbeiter mehr Hilfe und in größerem Umfange dargeboten hat, als sie von der Staatshilfe überhaupt in Anspruch nehmen können. Auf ihn haben sie die Wanderlehrer dressirt, sie mußten sein Familienleben beschmutzen, das heiligste Verhältniß von Vater zum Kind verdächtigen. Dieser Mann durfte nicht in ihre Kreise hineinkommen, denn er brachte ja wirkliche Hilfe und am Ende hätte dann die Unruhe und Aufregung nicht weiter getrieben werden können. So wurde auch auf geistigem Gebiet nichts mehr perhorrescirt, als die Bildungsvereine, die ja in der That gar keinen politischen Charakter haben.

In anderen Ländern, in Frankreich, Amerika, England, obwohl auch sie socialdemokratische Parteien haben, hat man Zustände in diesen Formen, wie bei uns, doch nicht gesehen. Das kommt daher, daß es uns bis jetzt noch nicht gelungen ist, dem sogen. vierten Stand sein Klassenbewußtsein zu nehmen und eine gesellschaftliche Form zu finden, die alle Klassen gleichmäßig beherrscht. Wenn bei uns eine Dame, die bei einem Bau vorübergeht, von einem Arbeiter mit einer Leiter oder sonst wie am Kleide berührt und so das Kleid selbst beschmutzt wird, und die Dame sich darüber beklagte, so bekäme sie eine grobe Antwort; ein französischer Arbeiter würde sich mit einem Compliment entschuldigen, vielleicht mit denselben Worten, die ein Herr im Salon, der einer Dame auf die Schleppe getreten hat, gebrauchen würde. Dazu ist unser Arbeiter nicht etwa durch socialdemokratische Ideen aufgehetzt, sondern aus ihm spricht nur der Haß gegen die wohlgekleidete Frau besserer Stände. Derselbe Mann hilft gleich hinterdrein einer alten Frau, die eine schwere Kiepe tragen soll. Die Socialdemokratie arbeitet lediglich mit diesem Klassengefühl, und daß die straffe Organisation auch nicht blos durch Zuckerbrod gemacht worden, sondern, daß die Peitsche wohl etwas mitspielt, ist klar. Das Gesetz, welches uns hier vorliegt, ist kein Klassengesetz, sondern ein Gesetz gegen die gewerbsmäßigen Agitatoren, welche dieses Klassengefühl benutzen, um den Klassenkampf zu organisiren. (Zustimmung.) Diejenigen, welche ein allgemeines Gesetz wollen, mögen sich an das Beispiel Frankreichs erinnern, wo die Socialisten ab und zu in Massen abgeschlachtet werden; trotzdem hat man ab und zu Ausnahmegesetze gemacht, welche, nachdem sie ihre Wirkung gethan, absolut geworden sind.

Im Jahre 1834 ist aber ein allgemeines Gesetz ergangen, durch welches das Versammlungs- und Vereinsrecht wesentlich, ja noch mehr beschränkt wurde, als es das vorliegende Gesetz bei uns thun könnte und dieses Gesetz hatte alle Revolutionen und Regierungen überdauert. Daß die liberale Partei nur schwer einer solchen Vorlage beitritt, begreife ich. Aber in der Organisation des Klassenkampfes liegt eine besondere Abweichung von dem gewöhnlichen bürgerlichen Leben. Die Socialdemokraten wollen die Gleichheit, die wir mit aller Kraft erstrebt haben, aufheben, dadurch daß sie einen besonderen Stand organisiren. Sie haben auch noch zu jeder reactionären Allianz die Hand geboten. Als der preußische Ministerpräsident in Conflict war mit der liberalen Partei, da wandte sich Lassalle an ihn, und Sie haben ja gehört, wie angenehm sie mit einander verkehrten. (Heiterkeit.) Ob das mit Bischof Ketteler ebenso der Fall war, weiß ich nicht. Lassalle war jedenfalls bereit, guten Verkehr zu halten. Ich weiß aus sicherster Quelle, daß er zu jeder Allianz gegen das liberale Bürgerthum bereit war, sein Gedanke war immer die Revolution, basirt auf das allgemeine Stimmrecht und er hatte gegen Schulze im intimsten Kreise keinen anderen sachlichen Einwand als den: „das ist antirevolutionär." (Sehr wahr.) So sieht man auch jetzt die Socialdemokratie mit allen Extremen in Staat und Kirche sich verbinden, um die normale Entwickelung der deutschen Nation zu verhindern. Wir müssen Sorge tragen, den Verkehr mit den arbeitenden Klassen wieder freundlicher zu gestalten, um sie zu einer wirklich national denkenden und fühlenden Gesellschaft zu organisiren. Durch das vorliegende Gesetz werden nicht, wie man gesagt hat, Millionen von Arbeitern ihre natürlichen Rechte genommen, sondern nur denjenigen, welche gegen die Eintracht der anderen Klassen gerichteten Bestrebungen huldigen. Wer in diesen Krieg eintritt, will auch die Freiheit nicht. Dazu brauchen Sie nur die Organisation der Socialdemokraten anzusehen. Ist es denn schlimmer, wenn ein Gendarm da ist, der sagt: Das darfst du nicht thun, als wenn ein Arbeiter in der Blouse uns sagt: Wenn du das thust, so schlage ich dir die Knochen entzwei? (Heiterkeit.)

Das ist eine viel energischere Beschränkung der Freiheit. Die Arbeiter leiden schwer unter dem Terrorismus, der in Folge jener Organisation über einen großen Theil derselben gebracht ist. Ich habe das in einer Versammlung von Tausenden gesagt, die zu $\frac{2}{3}$ aus Arbeitern bestand. Diese Organisation wird das Gesetz treffen, aber keine Discussion über die sociale Frage unterbrechen. Einer Sorge muß ich hier noch Ausdruck geben, es ist die Gefahr, die unseren grundbesitzenden Klassen in den östlichen Provinzen droht. Wenn wir im Osten, äußeren und inneren Conflicten gegenüber, mit Sicherheit uns entwickeln wollen, so müssen wir mehr Grundbesitzer schaffen. Mit Nothwendigkeit wird sich aber die socialistische Bewegung in die ländlichen Districte erstrecken und der Reichskanzler wird dann nicht mehr die großen Städte und Fabriken als den Heerd der Bewegung, sondern er wird die ländlichen Districte dafür ansehen müssen. Dagegen müssen wir die Genossenschaften und Bildungsvereine ermuthigen und pflegen, diese dürfen nicht unter das Gesetz fallen. Der Reichskanzler hat zwar erklärt, daß er das Gesetz mit großer Vorsicht anwenden werde, aber die Ausführung wird doch den unteren Beamten anvertraut werden müssen. Deshalb hätte ich gewünscht, daß die Bestimmungen über die Genossenschaften ganz aus dem Gesetz herausblieben und daß es bei den Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes verbliebe, damit das Genossenschaftswesen geschont wird. Dann werden wir ein Gesetz erhalten, welches zum inneren Frieden beitragen, den Muth der Arbeiter und Arbeitgeber heben und bessere industrielle Verhältnisse herbeiführen wird. (Beifall.)

Abg. Winterer erklärt, daß er mit seinen politischen Freunden gegen den § 1 und gegen das ganze Gesetz stimmen werde, vor allem, weil das Gesetz den Charakter eines Ausnahmegesetzes habe. Elsaß-Lothringen leide seit 7 Jahren unter einem Ausnahmegesetz, der Dictatur. Trotzdem die von der französischen Regierung übernommenen Gesetze nur berechnet seien auf die Momente der Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit, seien dieselben doch, ohne daß solche Eventualitäten eingetreten wären, beständig in Anwendung gewesen, und ihre Anwendung hätte viel mehr zur Aufreizung beigetragen als zur Beruhigung der Gemüther. Die einzige gefährliche Theorie des Socialismus sei seine Eigenthumstheorie und diese Seite sei in der Definition des § 1 nicht präcise genug fixirt. Ueber alle anderen Gegenstände, über Religion und Familie, sowie über die Constitution des Zukunftsstaates hätte der Socialismus keine bestimmte Theorien. Wenn die Definition im § 1 aber eine ungenaue sei, so liege die Gefahr des Mißbrauches und des Fehlgreifens seitens der unteren, ausführenden Organe nahe. Man unterscheide die eigentlichen Socialisten, die Kathedersocialisten, die Staatssocialisten, die Christlich-Socialisten, und der Oberpräsident von Elsaß-Lothringen habe noch eine neue Kategorie geschaffen, indem er ihn, den Redner, als einen französisch-katholischen Socialisten bezeichnete und ihm deshalb die Gründung einer Zeitung untersagte. Wenn die Polizei ihn nun in Zukunft als einen Socialisten betrachte, so kämen alle Vereine, christliche Bildungsvereine u. s. w., denen er nahe stände, durch solche Beziehungen in Gefahr, diesem Gesetze zu verfallen. Mit welcher Gerechtigkeit und Unparteilichkeit die Polizeiorgane verfahren, zeige der Fall, daß die Wahlaufrufe seiner Collegen gerichtlich verfolgt wurden, während ein socialistischer Agitator, der weder im Reichslande, noch im Reiche, sondern in der Schweiz seinen Wohnsitz hatte, ungehindert Versammlungen abhalten konnte, wahrscheinlich, weil er seine Reden schloß: „Wählt Liebknecht; wenn den nicht, dann aber wenigstens nicht den Protestcandidaten!"

Wenn es in Elsaß-Lothringen keine Socialdemokraten in bedeutendem Umfange gebe, so liege das darin, daß die Arbeiterorganisation eine christliche, streng religiöse sei, und daß die Arbeitgeber human seien. Der Socialismus sei eine große Gefahr für die Zukunft, jeder Staat hat das Recht und die Pflicht, ihr entgegenzutreten. Die Gefahr ist eine Weltgefahr, eine internationale, deshalb muß auch ihre Bekämpfung eine internationale sein. Aber wenn so fortregiert wird, dann wird es bald nicht mehr möglich sein, ihr entgegenzutreten. Man möge aufhören, die guten Einflüsse zu hemmen, man möge die Preßzustände bessern, die christlichen Bildungsvereine wirken lassen, man möge dem Reichslande keine Lehrer schicken, die aller Sittlichkeit und allem christlichen Leben Hohn sprechen, von der Universität Straßburg angefangen bis zur untersten Primärschule. Bebels Wort: „die Ultramontanen seien die Todfeinde der Socialisten", bedarf einer Correctur. Die Ultramontanen sind keines Menschen Todfeinde, sie sind nur die Todfeinde des Socialismus. (Beifall im Centrum.)

(Fürst Bismarck tritt ein.)

Abg. v. Bennigsen: Gestern hat ein Mitglied des Hauses meiner Partei einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie sich dieser Vorlage anders gegenüber stellte, als der im Frühjahr berathenen. Aehnliche Angriffe sind wiederholt in den letzten Wochen in der Presse hervorgetreten. So weit dieser Vorwurf überhaupt begründet ist, würde doch nichts Wunderbares darin liegen, daß eine große politische Partei in einer ihr durch die Verhältnisse gegebenen höchst verantwortlichen Stellung in diesem Parlamente gewisse Verhältnisse nach dem Eintritt erschütternder Ereignisse anders beurtheilt als vorher. Niemand wird bestreiten, daß die rasch auf einander folgenden Angriffe auf das Leben Sr. Majestät des Kaisers das deutsche Volksbewußtsein in seinen innersten Grundlagen aufgerührt und erschüttert haben. Diesem Eindruck haben sich weder die Wähler noch die Gewählten entziehen können. Dieser mächtige Eindruck nöthigte auch meine Freunde, noch einmal zu untersuchen, wie solche Ereignisse im Zusammenhange mit anderen bösartigen und krankhaften Erscheinungen in unserem Volksorganismus stehen, wie und in welchen Formen der Gesetzgebung ihnen am besten zu begegnen ist.

Auch andere Parteien haben dieselbe Empfindung gehabt und haben ihr Folge gegeben. Die Fortschrittspartei sowohl wie das Centrum meinten im Frühjahr, trotzdem die socialdemokratische Agitation sehr bedenklich sei, so würden doch die bestehenden Gesetze, in geeigneter Weise angewendet, vollkommen zur Bekämpfung derselben ausreichen. Beide Parteien haben es damals grundsätzlich abgelehnt, um die socialdemokratische Agitation zu bekämpfen, Wesentliches an den bestehenden Gesetzen zu ändern. Auch diese Parteien stehen jetzt zu der Frage anders. Die Fortschrittspartei hat den Versuch gemacht, uns formulirte Aenderungen von Strafgesetzen vorzulegen. Ohne sich an der Formulirung praktisch zu betheiligen, hat das Centrum derartige Versuche für möglich erklärt, dieselben auch in Aussicht gestellt. Der Versuch, den die Fortschrittspartei gemacht hat, ist ein in jeder Beziehung dankenswerther, weil in einer wichtigen legislatorischen Frage seitens einer Partei offen und muthig der Versuch gemacht wird, nicht sich lediglich auf die Kritik anderer Parteien zu beschränken, sondern selbst Hand an das Werk zu legen. Der Abg. Hänel sagte gestern, seine Fraction im Hause sei ganz einmüthig über das Vorgehen gewesen. Eine solche Einmüthigkeit hat sich aber allerdings über seine Vorschläge in seiner Partei und deren Presse außerhalb des Hauses nicht gezeigt. Die außerordentliche Schwierigkeit eines solchen Unternehmens wird den Antragstellern wohl klar geworden sein und wollten sie nun noch versuchen, sich über die Formulirung mit dem Centrum, das ja die Anträge in der Commission unterstützt hat, zu einigen, so würde die Schwierigkeit natürlich noch wachsen und ich glaube nicht, daß irgend eine ernsthafte Aussicht vorhanden sei, in diesem Reichstage eine Verständigung auf dem Boden herbeizuführen. Nun hat Herr Hänel gestern mit Recht hervorgehoben, daß es nicht genüge, wenn die Mehrheit des Reichstags sich selbst einige; es sei durchaus nothwendig, mit der Regierung zusammen die Lösung der Frage zu versuchen. Nachdem nun die Regierung, wie sie glaubt, nach ihrer Verantwortlichkeit handeln zu müssen, in Uebereinstimmung mit deutlichen und mannigfach geäußerten Wünschen der Bevölkerung den Weg beschritten hat, den diese Vorlage kennzeichnet und grundsätzlich andere Wege ausgeschlossen hat, so war doch für diesen Reichstag, wenn man überhaupt Eile für nothwendig hielt, eine Verständigung von vornherein auf anderem Boden ausgeschlossen.

Meine Freunde und ich sind nun aber auch der Ansicht, daß dieses Gesetz, obgleich ein Specialgesetz, sich wesentlich von der entsprechenden Vorlage des Frühjahrs unterscheidet. Abgesehen von ihrer übrigen und unzureichenden Ausarbeitung, so ist doch kaum ein Zweifel darüber, daß die Organe, denen man so weitgehende Vollmachten anvertrauen wollte, damals nicht geeignet ausgewählt waren. Auch die Formulirung der wesentlichen Paragraphen jener Vorlage war doch in hohem Maße sozusagen, grundsätzlich eine andere, wie die entsprechenden Paragraphen dieses Entwurfes, ganz abgesehen davon, daß derselbe eine sorgfältig ausgearbeitete und durchgearbeitete legislatorische Leistung ist, was man von seinem Vorgänger gewiß nicht behaupten konnte. Bei ihm war die Wirkung keineswegs ausgeschlossen, daß ohne Unterscheidung die socialdemokratischen Ziele, erlaubte und unerlaubte, getroffen werden konnten durch die Verwaltung, daß hier durchaus nicht nachgefragt zu werden braucht, mit welchen Mitteln die Socialdemokratie ihre Ziele verfolgt. Wohl nicht unter der Absicht des Gesetzgebers, wohl aber unter den Wortlaut der damaligen Vorlage fielen wissenschaftliche Untersuchungen mit humanitären Zwecken, praktische Förderung von Arbeiter-

interessen ebensowohl, wie revolutionäre, direct auf den Umsturz hingehende Agitationen. Das gegenwärtige Gesetz hat im § 1 einen anderen Inhalt; der Reichskanzler selbst hat anerkannt, daß Vereine, die sich nur mit der Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen beschäftigen und nichts Strafbares thun, von dem Gesetz nicht betroffen werden sollen; auch in der Commission ist von dem Vertreter der Regierungen ausdrücklich constatirt, daß § 1 die socialdemokratischen, socialistischen und communistischen Bestrebungen als solche nicht treffen soll, sondern nur die auf den Umsturz der bestehenden staatlichen und bürgerlichen Verhältnisse gerichteten, und die Commission hat hinzugefügt: „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise."

Nach dieser Tendenz des Gesetzes wird also die Socialdemokratie als solche nicht unter Verfolgung gestellt, am allerwenigsten eine bestimmte Klasse der Bevölkerung als solche; anknüpfend an eine erkennbar gewordene große Gefahr, hervorgehend aus der socialdemokratischen Agitation überhaupt, hat man diese Agitation getroffen, wenn sie einen bestimmten Charakter hat und in der im § 1 bezeichneten Weise zu Tage tritt. Man wird immerhin behaupten können, daß es sich um ein Specialgesetz handelt, aber man wird nicht behaupten können nach der Art, wie hier das Gesetz vorgelegt ist, daß bestimmte Klassen oder Parteien getroffen werden, wenn sie nicht ganz bestimmte Handlungen begehen, die hier näher bezeichnet sind. Wenn die Sache so liegt, und wir nach den gestrigen Erklärungen des Reichskanzlers wohl annehmen können, daß im Wesentlichen auf der Grundlage der Commissionsbeschlüsse das Gesetz zu Stande kommt, dann werden wir uns allerdings noch fragen müssen, ob denn die Besorgnisse und Angriffe, wie sie von jener Seite erhoben werden, die sich mit Vorliebe als die wahre und alleinige Vertreterin der arbeitenden und gedrückten Klassen gerirt, irgend wie berechtigt sind. Niemand wird daran denken wollen, alle die socialpolitischen Lehren, wie sie sich auch als socialdemokratische darstellen, zu verbieten und zu verfolgen. Zu einer solchen Unterdrückung der Wissenschaft und ihrer Lehre würde ein deutsches Parlament niemals seine Zustimmung geben. Auf diesem Gebiete ist ja, wie in dem menschlichen Dasein überhaupt, im Laufe der menschlichen Geschichte Alles in Fluß. Die Formen wechseln mit dem Inhalt, indem der Inhalt, also das Rechtsbewußtsein und die wirthschaftlichen Bedürfnisse nach und nach den Formen ihren Stempel aufdrücken. Vergleicht man die Jahrhunderte und Jahrtausende der Vergangenheit, so ist der Wechsel in der Art, wie die Sachen wissenschaftlich behandelt und in dem Rechtssystem niedergelegt worden sind, ein sehr großer. Grade die wirthschaftlichen Productionsformen sind die Grundlage des Privatrechts, speciell auch der bestimmten, für einzelne Generationen, Jahrhunderte, für die verschiedenen Völker geltenden Formen des Eigenthums und des Inhalts, welchen dieses in einer bestimmten Form und einer bestimmten Zeit erhält.

Niemand wird so vermessen sein, zu glauben, daß mit der heutigen — ich will es mit dem hergebrachten Kunstausdruck bezeichnen — kapitalistischen Productionsweise die letzte Form wirthschaftlicher Production gefunden ist und Niemand wird behaupten, daß, wenn im Laufe der weiteren Entwickelung der Menschheit eine andere Grundlage für die Productionsweise gewonnen wird, als die heutige, daß dann dieselbe Form des Privatrechts und des Eigenthums bleiben werde oder auch nur könne. Das, was momentan die größte Autorität hat, kann nicht auch für alle Zukunft diese Autorität in Anspruch nehmen. Wenn vor unseren Augen, vor denen der jetzt Lebenden der Schleier weggezogen würde, der uns die späteste Zukunft enthüllt, dann würden die Formen des wirthschaftlichen Lebens und Zusammenseins und die Form von Staats- und Privatrecht uns wohl sehr wunderbar und fremdartig erscheinen können, viel fremdartiger noch als dergleichen Erscheinungen in früheren Jahrtausenden. Wer will so vermessen sein, zu sagen: mit meiner Forschung kann ich schon jetzt für Jahrtausende den Gang dieser Entwickelung voraussehen, kann ich schon jetzt das Bild von allen Zuständen machen, wie sie sich gestaltet haben? Das sind Sorgen künftiger Zeiten und Geschlechter; den Gang dieser Entwickelung zu erforschen, wollen wir denen überlassen, die diese Entwickelung hinter sich haben. Nein, solche wissenschaftlichen Erörterungen abzuschneiden, selbst wenn sie unwillkommen sein mögen für die bestehenden Institutionen, das darf ein menschlicher Gesetzgeber nicht wagen. Würde er es wagen, so würde es ihm niemals gelingen; dabei kann den deutschen Gesetzgeber ein Parlament auch nicht unterstützen wollen. Aehnlich wird es liegen hinsichtlich aller derjenigen Versuche, die man macht, vielleicht weitgehende Versuche, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern, oder um es wirthschaftlich bestimmter auszudrücken, den Antheil, welchen die arbeitende Klasse im Ganzen an der Productionsweise hat, zu steigern; darauf können wissenschaftliche Untersuchungen, darauf kann die Gesetzgebung bis zu einem gewissen Grade einwirken; auch kann die Thätigkeit der Privaten, einzeln oder zusammengeschlossen, auf diesem Gebiete eine große und, wenn sie sich einschränkt, heilsame Arbeit übernehmen. Nein, warum es sich hier handelt, was uns so gefährlich erscheint, das sind eben nicht wissenschaftliche Untersuchungen, nicht humanitäre Bestrebungen, nein, es ist der revolutionäre Charakter, den diese ganze Bewegung angenommen hat.

Wir haben ja heute von einem Redner, der sich offener ausgesprochen hat, wie neulich Herr Bebel, wir haben eine Probe einer derartigen Beredtsamkeit gehört, wie sie sich geltend macht seit Jahren in der Presse, in Versammlungen, in Vereinen; wir haben hier ein Exempel davon gehabt, wie aufregend und gefährlich solche Reden wirken können auf eine Versammlung, die doch am Ende nicht immer so in der Lage ist, wie die hiesige Versammlung, den ganzen Charakter, die Methode und Wirkung solcher Reden zu übersehen. In Deutschland haben wir erleben müssen, daß seit Jahren in einer immer größeren Zahl von periodischen Blättern, in immer gesteigerter Anwendung des Rechts von Vereinen und Versammlungen die große Masse, der die rechts- und wissenschaftlichen Verhältnisse schwer übersehbar sind, die zum Theil in ihrer Lage als Arbeiter von einem Tag zum andern durch schwere Arbeit sich das tägliche Brod erwerben müssen, gar nicht im Stande sind, mit den tief liegenden Fragen, die alle diese Gebiete beherrschen, sich zu beschäftigen, wie die nun bearbeitet werden in einer gefährlicheren Weise, in einer Weise, welche ihnen jede Hoffnung benehmen soll, daß auf dem Gebiete der jetzigen wirthschaftlichen und Rechtsinstitutionen eine irgend wesentliche, ja überhaupt eine Verbesserung ihrer Lage herbeigeführt werden kann. Darin liegt das Leichtsinnige und Frevelhafte und wenn es einen solchen Umfang angenommen hat, darin liegt das Gefährliche dieser Agitation; die Massen werden täglich unzufriedener gemacht mit ihrer Lage; die Hoffnung, daß die Gesammtlage besser werden kann, wird ihnen verschlossen durch die Ausführungen von Leuten, die ihnen an Talent überlegen sind. Der Reichskanzler hat gestern treffend darauf hingewiesen, daß wir in Deutschland in den siebziger Jahren manche Verhältnisse gehabt haben, die eine so gefährliche Agitation in so kurzer Zeit auf eine so drohende Höhe Höhe haben anschwellen lassen. Es ist ja im Grunde sehr merkwürdig, wenn man die wirthschaftliche Entwickelung der einzelnen europäischen Länder mit einander vergleicht, daß gerade in Deutschland, wo die Wirkungen und Erfolge der capitalistischen Production lange nicht in dem Grade und Umfange hervorgetreten sind, wie in Frankreich und England, daß gerade in diesen Jahren, während ähnliche revolutionäre Agitationen in England und Frankreich zurückgetreten sind, wenigstens öffentlich sich nicht kundgaben, daß da in Deutschland in kurzen sechs Jahren die Bewegung solche Dimensionen annehmen und zu einer so allgemeinen Gefahr heranwachsen kann.

Zu der großen Ueberproduction, die alle europäischen Länder und selbst die Welttheile ergriffen hat, ist bei uns hinzugekommen die rasende Schnelligkeit der Veränderung aller wirthschaftlichen Preise und Arbeitsverhältnisse, wie sie nach dem französischen Kriege in Deutschland eingetreten ist. Wenn uns Deutschen, den stolzen Siegern über Frankreich, ein Gefühl der Demuth kommen muß, so ist es das, was für unsere wirthschaftlichen Verhältnisse schädigend und bis zu einem gewissen Grade verwüstend aus den Folgen dieses Krieges hervorgegangen ist. Noch niemals in der Geschichte ist in zwei bis drei Jahren die Uebertragung eines so kolossalen Capitals von einem Lande auf das andere eingetreten, wie nach dem Friedensschluß mit Frankreich auf Deutschland. Selbst wenn unsere politischen Verhältnisse entwickelter, unsere Finanzverwaltung einsichtiger, unsere Parlamente in der Behandlung dieser Fragen erfahrener gewesen wären: eine so ungeheuere Aufgabe ist im Grunde noch niemals auf diesem finanziell-wirthschaftlichen Gebiete an eine Nation, deren Verwaltung und Vertretung herangetreten, als wie die richtige Behandlung der von Frankreich gewonnenen ungeheuren Capitalmassen. Die dadurch herbeigeführte Umwälzung hat zu störend und nachhaltig eingewirkt, daß da gerade ein besonders dankbarer und fruchtbarer Boden für eine derartige Agitation vorhanden war, wie es unter anderen Umständen in Deutschland doch wohl nicht möglich gewesen wäre. Vergleichen Sie doch unsere Verhältnisse mit der englischen chartistischen Bewegung vor einem Menschenalter. Dieselbe war ursprünglich eine radicalpolitische Bestrebung, nach und nach mit communistischen Bestrebungen verquickt; sie bekundete plötzlich eine massenhaftere Betheiligung als die socialistische Bewegung in Deutschland. Diese Bewegung ist aber rascher wieder verschwunden, als sie gekommen ist. Ich möchte gerade Ihre Aufmerksamkeit auf die jetzigen englischen Verhältnisse lenken. In England hat die capitalistische Productionsweise in ihrer Commassirung des Capitals in einzelne Hände viel längere Zeit hindurch gewirkt und größere Fortschritte gemacht als in Deutschland, auch selbst als in Frankreich.

Namentlich der Grundbesitz befindet sich in England in so wenigen Händen, daß darin eine ernste Gefahr erkannt werden muß, während wir in Deutschland im Allgemeinen noch eine Vertheilung von großem, mittlerem und kleinem Besitz haben. In England, wo also alle die nachtheiligen Folgen der capitalistischen Productionsweise nach der Ansicht der socialdemokratischen Führer sich am stärksten hätten zeigen müssen, hat gleichwohl die socialdemokratische Agitation, wie sie jetzt bei uns betrieben wird, absolut keinen Boden mehr. Der eigentlich geistige Leiter dieser ganzen Bewegung ist der bekannte Karl Marx in London, ein Schriftsteller von eminenter Befähigung, historischer und dialectischer Bedeutung. Dieser Mann hat den sämmtlichen Agitatoren das Centralfeuer angezündet, an dem sie ihre Leuchte anstecken können, einschließlich des sehr geistvollen Herrn Lassalle, der im Wesentlichen auch von dort einen Theil seiner Argumente entnommen hat. Dieser Mann ist, obwohl er in London selbst seine Residenz hat, in England ohne allen Einfluß. Die dortigen Agitatoren — die übrigens hinsichtlich der nationalen Richtung der Mehrzahl nach patriotischer gesinnt sind, als unsere deutschen Agitatoren, so wie die Arbeiter dort haben sich jedem Einflusse dieses Mannes entzogen. Sie haben sich der ganzen nihilistischen, communistischen, internationalen Bewegung entzogen und zwar mit vollem Bewußtsein und ganz im Gegensatz zu dem, was hier täglich von den Dächern gepredigt wird. In den socialistischen Organen lehren dort die Führer der Arbeiter in den Gewerkschaften, in den Verbindungen und Organisationen, — sie haben sich ganz abgelöst von den politischen Parteien — daß es den arbeitenden Klassen möglich sei, nach und nach langsam, aber stetig und sicher, wenn sie sich in den Gewerken verbinden mittelst des Coalitionsrechtes, welches die Arbeiter in Deutschland auch haben und durch dieses Gesetz nicht verlieren sollen, wachsend den Antheil zu erhöhen, den die arbeitenden Klassen an den Arbeitsproducten überhaupt haben. Vollkommen richtig ist, daß der einzelne Arbeiter dem Capital gegenüber zu schwach ist.

Keineswegs sind aber die Arbeiter, wenn sie sich, wie in England, unter verständiger Leitung verbinden, wo es darauf ankommt, das Wohl der Arbeiter zu fördern, nicht eine Revolution zu machen, in der Unmöglichkeit, ihre berechtigten Forderungen nach und nach den Capitalisten gegenüber durchzusetzen. Das sind Erscheinungen, die in England zur Gesundung der Verhältnisse zwischen den Arbeitern und Capitalisten geführt haben, indem sie mit der wachsenden Erkenntniß der Bedürfnisse die ganze Lage der Arbeiter gehoben haben, so daß sie sich auf friedlichem Wege zusammenthun. Ganz das Gegentheil sehen wir in Deutschland; durch die Agitatoren wird den Arbeitern jede Hoffnung genommen; täglich wird ihnen gelehrt, daß das sogenannte eiserne Lohngesetz ganz unverbrüchlich wäre und jede Verbesserung ihrer Lage ausschließe, so lange die jetzigen Eigenthums- und Productionsverhältnisse bestehen. Da werden sie denn hingeführt auf die Forderungen, welche übrigens nur theilweise vom Abg. Hasselmann hier proclamirt sind, die ganze Productionsweise zu ändern, um zu einer gemeinsamen Production zu gelangen. Sie haben das Zukunftsbild heute gehört, mein Freund, der Abg. Löwe, hat es schon zur Genüge erläutert; aber ganz offen ist Herr Hasselmann doch nicht mit der Sprache herausgetreten. Er hat sich als Lassalleaner eingeführt; dann handelt es sich doch darum, daß diese Productiv-Genossenschaften, wie sie Lassalle beabsichtigte, mit Staatshilfe im großen Maßstabe eingeführt würden und nach und nach durch Concurrenz die individuelle Production aufsaugen. Was wird aber nun aus dem Producte? Wie vertheilt sich dasselbe? Wie stellt sich die Frage des Privateigenthums und des Erbrechtes dazu?

Das hat Herr Hasselmann doch nicht gewagt, ganz offen darzulegen, und ich glaube, daß auch die Agitatoren in der Presse und den Versammlungen sich scheuen, die letzten Consequenzen ihrem Publikum vorzuführen. Gott Lob giebt es noch viele Eigenthümer in Deutschland, welche auf ihr, wenn auch kleines Eigenthum und die Möglichkeit, dasselbe auf ihre Kinder vererben zu können, Werth legen. Wenn ihnen das in Einzelnheiten deutlich gemacht würde, so würden viele Anhänger der Agitation stutzig werden und sich von einer solchen Bewegung zurückziehen. Sehen Sie auf das Gothaer Programm von 1875; da ist keine Spur von Productivgenossenschaften, wie sie hier dargestellt wurden; nein, es wird einfach und nackt das Ziel hingestellt, wie es eigentlich werden soll, wofür also diese Genossenschaft thätig sein soll. Und was ist das Ziel? Vollständige Umwälzung der gesammten Staatsverhältnisse. Ausgesprochen ist der Gedanke nicht, wird aber von den Herren nicht bestritten. Republikanische Staatseinrichtungen und Collectivproduction auf allen Gebieten der menschlichen Arbeit in Stadt und Land. Um die letztere zu ermöglichen, müßten die Productivmittel Collectiveigenthum, d. h. Eigenthum des demokratisch organisirten Staates werden, und die Ergebnisse der Production sollen nach dem Bedürfniß der einem solchen Staatswesen Angehörigen vertheilt werden. Das Gothaer Programm hat in diesem Sinne eine gewisse Diplomatie beobachtet, daß es nicht gleich für Jeden verständlich ist, der sich nicht mit den wissenschaftlichen Begriffen der Nationalökonomie beschäftigt hat. Aber die Productionsmittel, um die es sich hier handelt, sind z. B. und vor Allem das große Grundeigenthum, sämmtliche Gebäude, Fabrikmittel, Maschinen, ja, wenn man irgendwie consequent ist, und die Herren werden theoretisch nicht vor Consequenzen zurückschrecken, das ganze angesammelte Capital der Nation, weil das Capital nothwendig ist, um die Producte herzustellen. Denken Sie nur an diese Ungeheuerlichkeit.

Unsere ganze jetzige Staatsordnung wird umgewandelt, das ist selbstverständlich beiläufige Voraussetzung der ganzen individuellen Production, wie sie jetzt in der Landwirthschaft, der Industrie, im Handel, das wird gemeinsames Eigenthum unter Centralleitung stehend. Um das zu ermöglichen, müssen sämmtliche Productivmittel Gemeingut der Nation werden. Bleibt da für das, was jetzt noch der kleine Mann, der in mittleren Verhältnissen lebt, für werthvoll hält, bleibt da noch eine Existenz übrig? Davon, wie das geregelt werden kann, will ich nicht weiter reden. In der Hinsicht hat der Vorredner auf die nöthigen Consequenzen hingewiesen, daß das eine Polizeiadministration sein würde mit Beseitigung aller individuellen Freiheit, mit welcher selbst die schlimmsten Zeiten irgend eines Polizeistaats keinen Vergleich aushalten können. Wenn es jemals in jetziger Zeit in irgend einem europäischen Lande der socialdemokratischen Agitation gelingen sollte, sich der Gewalt zu bemächtigen und auf kurze Zeit diese Verhältnisse einzuführen, so würde es der äußersten Tyrannei nicht möglich sein, ein Volk zu zwingen, daß es diese Zustände erträgt (Sehr wahr!), aber bis dieser Zustand beseitigt würde, was würde in der Auflösung des Capitals des ganzen Landes verwüstet sein! Gar nicht von den Leben zu sprechen, die in einer solchen Katastrophe nach Tausenden gefallen sein würden. Nun frage ich, soll eine Nation, wie die deutsche, wenn sie sieht, wie derartige Dinge hier hingestellt werden, als dasjenige, was erstrebt werden solle, als das Einzige, was den arbeitenden Klassen helfen könne, während alle anderen Mittel Schein und Trug sind, daß die Lage der Arbeiter niemals anders verbessert werden könne, als durch den Umsturz, die revolutionäre Umwälzung der staatlichen und wirthschaftlichen Verhältnisse: soll die Nation, wenn es so weit gekommen ist, wenn die Gefahr diesen Umfang angenommen hat, wenn die Verführung der Massen immer weiter geht, soll sie ruhig dem zusehen und abwarten, bis der Ausbruch erfolgt, in der Hoffnung, daß sie die Kraft haben werde, diesen Ausbruch zu bewältigen? Wenn die Lage so ist, darf die Nation nicht fragen, ob nicht noch Zeit vorhanden sei, Verführer und Verführte auseinander zu reißen und nachdem das Uebel eingedämmt ist, den Weg der Reform zu beschreiten.

Dies Recht werden Sie keiner Nation bestreiten können, vorausgesetzt, daß die Gefahr als so groß bekannt ist. Darüber aber, daß die Gefahr so groß ist, daß wirklich mit wirksamen Mitteln eingeschritten werden muß, sind im Grunde sämmtliche Parteien dieses Hauses einig, auch diejenigen, welche diesem Gesetz nicht zustimmen mögen. Das sind im Wesentlichen die Gründe, aus denen wir gegenüber dieser veränderten und in ihrem Inhalte viel bestimmter formulirten Vorlage gegenüber einem so scharf hervorgetretenen Verlangen der nationalen Anschauung uns der gesetzgeberischen Mitwirkung nicht entziehen können. Ich lasse dabei dahingestellt, ob dies die einzig richtige Form der legislatorischen Behandlung ist; einige meiner Freunde glauben, daß es nicht nur andere, sondern auch bessere Wege geben würde; ich sage, wenn wir noch in diesem Jahre gesetzgeberische Maßregeln feststellen sollen, so sehe ich keine andere Möglichkeit, als den von der Regierung eingeschlagenen Weg. Wir werden denselben als grundsätzlich nicht bekämpfen, um zum Ziele zu gelangen. Nachdem ich diese Erklärung im Namen meiner politischen Freunde abgegeben habe, will ich noch kurz das berühren, was gestern der Reichskanzler in entgegenkommender Weise hinsichtlich der Behandlung dieser Vorlage nicht allein, sondern über die Behandlung der politischen Geschäfte in Deutschland überhaupt ausgesprochen hat. Der Reichskanzler hat den Vorwurf zurückgewiesen, daß er bei der Auflösung des Reichstages oder überhaupt in der jetzigen Zeit irgendwie reactionäre Politik verfolgen wolle. Dieser bedeutsame Ausspruch des Reichskanzlers ist gewiß nicht überflüssig gewesen, weniger für die Mitglieder dieses Hauses, denn von diesen wird sicherlich Niemand dem Reichskanzler eine eigentliche reactionäre Politik zutrauen. Unmöglich kann der Reichskanzler, der in so umgestaltender Weise so Großes in Deutschland geschaffen hat — das ist gegen jede historische Erfahrung — daran denken, mit den Elementen, die seinen Schöpfungen in Staat und Kirche feindlich gegenüber gestanden haben, zusammen nun eine praktische Politik zur Erhaltung dieser Schöpfungen zu verfolgen.

Jeder erfahrene Politiker dürfte dem Reichskanzler eine solche Politik nicht zutrauen. In Deutschland sind aber unsere politischen Zustände noch zu neu und es ist deshalb ein Vortheil, daß einer solchen unbegründeten Besorgniß durch eine so unumwundene Erklärung entgegengetreten wird. Die weiteren Erklärungen des Reichskanzlers waren aber auch von erheblich praktischer Bedeutung für politisch denkende Männer innerhalb dieses Hauses. Der Reichskanzler hat gestern in einer offenen unumwundenen Weise die Gleichberechtigung der liberalen und conservativen Elemente auf dem Gebiete unseres politischen Lebens anerkannt. Ich habe zwar nicht bezweifelt, daß der Reichskanzler von diesem Grundsatz in seiner Thätigkeit ausgegangen ist, aber es läßt sich nicht bestreiten, daß gerade im jetzigen Augenblick ein solcher offener Ausspruch werthvoll war. Manche Ereignisse des letzten Winters, Manches, was der Auflösung des Reichstages vorhergegangen ist, hatte bei Vielem die Besorgniß erweckt, daß der Reichskanzler mehr wie früher sich ausschließlich auf die conservativen Kreise stützen würde. In dieser Beziehung ist die Aeußerung von gestern allerdings werthvoll, denn hätte jene Besorgniß sich als begründet erwiesen, dann müßten wir die Hoffnung einer stetigen politischen Entwickelung und überhaupt die Hoffnung auf irgend eine feste parlamentarische Mehrheit hier oder in Preußen aufgeben. Mit dieser Hoffnung aber schwände auch die Aussicht, noch ferner Positives zu schaffen, und dessen bedürfen wir doch auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Der Reichskanzler hat sodann einen patriotischen Appell an diejenigen conservativen und liberalen Parteien im Lande ergehen lassen, die gesonnen sind, der Regierung jetzt und künftig ihre Mitwirkung zu gewähren. Ich setze voraus, daß der Reichskanzler bei einem solchen Zusammenwirken auch die volle Selbstständigkeit der Parteien wird bestehen lassen wollen. (Hört!)

Es mögen unsere Parteien und Parteischattirungen zu viele sein; es mag wünschenswerth sein, daß im Laufe weiterer Entwickelung unseres parlamentarischen Lebens diese Parteien sich vereinfachen, vorläufig aber wäre es ein ganz vergebliches Beginnen, diese Parteien formell und künstlich vereinigen zu wollen. Was nöthig ist, das ist, daß man trotz dieser Getrenntheit und Selbstständigkeit der liberalen und der conservativen Partei da, wo es möglich ist, gemeinsam wirkt. Etwas anderes wird, wie ich glaube, der Reichskanzler auch nicht verlangt haben. In diesem Sinne ist denn nach meiner Meinung jener Appell auch sehr werthvoll gewesen nach den Erscheinungen, wie wir sie leider auch bei den letzten Wahlen wieder gesehen haben. Ein späterer Geschichtsschreiber wird kaum begreifen, wie denn so lange noch nach dem Jahre 1870, nach diesen großen Ereignissen nicht blos, nein, nach diesem großen Aufschwung des ganzen nationalen Geistes und politischen Sinnes, der allein solche Ereignisse möglich macht, noch immer dieselben Verhältnisse in so kleiner und gehässiger Weise fortwirken konnten, wie sie sich leider zwischen den Parteien, in ihren Verhältnissen zu einander, in der Art, wie sie sich bekämpfen (Sehr wahr!) bei jedem Wahlkampfe sich geltend machen, schlimmer übrigens niemals, wie in dem letzten Wahlkampfe. (Sehr richtig!) Ich möchte auch glauben, daß die Presse der Regierung ab und zu mit einiger — ich will sagen — Unvorsichtigkeit zu Werke gegangen ist. (Große Heiterkeit.) Die nicht immer sehr tactvolle und liebedienerische Weise der Presse hat ja häufig während des Wahlkampfes den Eindruck hervorrufen können, und hat ihn auch hervorgerufen, daß ein starker Bruch zwischen der Regierung und der liberalen Partei überhaupt erfolgt sei, und daß die Regierung im Kampfe zwischen Liberalen und Conservativen auf Seiten der letzteren stehe. Ich glaube, daß einzelne derartige Aeußerungen, wenn sie sich auch in Regierungsblättern gefunden haben, viel zu sehr generalisirt sind und ich möchte sagen, daß in letzter Zeit etwas derartiges gar nicht mehr hervorgetreten ist.

Die Wiederkehr solcher Erscheinungen würde um so schädlicher sein, weil wenigstens die Conservativen in dem Kampfe, wie er sich gezeigt hat bei der letzten Wahl, diesen Gedanken des Reichskanzlers, den er gestern ausgesprochen hat über die volle Gleichberechtigung der Liberalen und Conservativen und die Nothwendigkeit des Zusammenwirkens, wenn etwas Positives geschaffen werden solle, nicht in dem Maße anerkannt haben, als wie es wohl wünschenswerth gewesen wäre (Lebhafter Widerspruch rechts), da am Ende doch die Wahlkämpfe nicht Selbstzweck sind und wir zusammen leben und thätig sein müssen, mag der Wahlkampf nun ein erbitterter oder maßvoller gewesen sein. Ich fürchte aber, daß die Folgen dieses Wahlkampfes noch nicht ganz überwunden sind und daß das Zusammenwirken jedenfalls nicht erleichtert ist gegen die Verhältnisse im vorigen Reichstage, auch beim besten Willen aller Betheiligten (Sehr richtig!), daß die Lage eine schwierige ist für die Parteien im Verhältniß zu einander, eine schwierigere auch im Verhältniß der Mehrheit des Reichstages zur Regierung. Da kann ich mich allerdings den patriotischen Wünschen des Reichskanzlers insoweit nur anschließen, daß vor allen Dingen der gemeinsame Boden des Vaterlandes und eine gemeinsame Thätigkeit auf diesem Boden festgehalten werden muß unter allen Parteien, die sich überhaupt eine praktische politische Thätigkeit zur Aufgabe machen. Wir haben nicht den Vortheil, den andere Länder seit Jahrhunderten in ihrer Verfassung befolgen, wo das neutrale Gebiet, welches alle Parteien mit der Regierung gleichmäßig einnehmen, sich allmälig ausgedehnt hat. Wir haben aber wohl die große Aufgabe, daß wir nach und nach den Boden, den wir uns gegenseitig nicht mehr streitig machen wollen, erweitern wollen und je schwieriger die Verhältnisse sind, wenn wir gemeinsam eine so große Gefahr bekämpfen sollen wie die Socialdemokratie, um so mehr werden wir verlangen können, daß sich Staatsmänner und Parteien bewähren. Hier werden sie auf die Probe gestellt, hier wird sich zeigen, was sie Verdienstliches und Werthvolles ihren Nachkommen hinterlassen können. (Lebhafter Beifall links.)

Damit schließt die Discussion. Der Referent Abg. v. Schwarze weist den vom Abg. Sonnemann der Commission gemachten Vorwurf zurück, daß dieselbe eine Besprechung über die Nothwendigkeit der Maßregeln nicht habe eintreten lassen; bei jedem einzelnen Paragraph habe man geprüft, ob er nothwendig sei zur Durchführung des Gesetzes. Referent empfiehlt dann dringend die Annahme der Commissionsvorschläge und Ablehnung der Amendements.

In der Abstimmung wird zunächst entgegen einem Antrage des Abg. Brüel die Einfügung des Wortes „socialistische" festgehalten und darauf der Antrag der Conservativen, Ackermann und Genossen (s. u. die gesperrten Worte) gegen die Stimmen der Fortschrittspartei, des Centrums, der Polen und Socialdemokraten angenommen, so daß der § 1 nunmehr lautet: „Vereine, welche durch socialdemokratische, socialistische oder communistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen socialdemokratische, socialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten."

Um 4 Uhr vertagt das Haus die Fortsetzung der Berathung auf Freitag 11 Uhr.

* Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß ein in unserem gestrigen Bericht dem Abg. Eugen Richter zugeschriebener Zwischenruf während der Rede des Reichskanzlers nicht von diesem herrührt.

Berlin, 10. October. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Landgerichts-Kammer-Präsidenten Simon zu Coblenz, dem Pfarrer Schuchard zu Deutsch-Nettkow im Kreise Crossen und dem Proviantmeister a. D. Lerch zu Ober-Glogau im Kreise Neustadt OS., bisher in Minden, den Rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Ober-Lazarethinspector Pape zu Breslau und dem Schulzen und Gutsbesitzer Schladebach zu Beidersee im Saalkreise den Königlichen Kronenorden vierter Klasse, sowie dem Polizei-Wachtmeister Behrens zu Berlin, dem Grenzaufseher Gärtner zu Harburg, dem Gerichtsboten und Executor Hirche zu Rathenow, dem Gefangenenwärter Frisch zu Dannenberg und dem Comptoirdiener Gottfried Kuchhahn zu Berlin das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat den Staats-Procurator Cormann zu Coblenz zum ständigen Kammer-Präsidenten bei dem Landgericht in Saarbrücken ernannt und dem Polizeirath Ludwig Schwantzer zu Berlin den Charakter als Polizeidirector beigelegt.

Die ordentlichen Lehrer an der Realschule 1. Ordnung zu Magdeburg Dr. Stephan und Dr. Silldorf sind zu Oberlehrern an derselben Anstalt ernannt worden. Der Bürgermeister Bang in Mühlheim a. d. Ruhr ist unter Wiederaufnahme in den Justizdienst zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Duisburg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Hamm mit Anweisung seines Wohnsitzes in Ruhrort ernannt worden. Die Referendare Morsbach und Jansenius in Bonn sind zu Advocaten im Bezirk des Königlichen Appellationsgerichtshofes in Köln ernannt worden.

Berlin, 10. Octbr. [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag im Neuen Palais bei Potsdam den Vortrag des Civil-Cabinets entgegen und empfing gegen $1\frac{1}{2}$ Uhr die Gratulationen einer aus Wien eingetroffenen Deputation des K. K. österreichischen Infanterie-Regiments Nr. 20, dessen

Chef Höchstderselbe nunmehr seit 25 Jahren ist. Die Deputation besteht aus dem Commandeur des Regiments, Oberst Mathes, dem Major von Smalawski, dem Hauptmann von Jawonski und dem Ober-Lieutenant Groß. — Um 2 Uhr fand in der Jaspis-Galerie ein Diner von 40 Gedecken statt, zu welchem die oben genannten Herren, die Mitglieder der österreichischen Botschaft, der Kriegs-Minister, die Chefs des Militär- und Civil-Cabinets, sowie die Generale und die Commandeure der Potsdamer Garnison Einladungen erhalten hatten. (Reichs-Anz.)

= **Berlin**, 10. Oct. [Die zweite Lesung des Socialisten-Gesetzes. — Petitions-Commission. — Die Stellung Falk's. — Der Bundesrath und das Socialisten-Gesetz.] Der bisherige Gang der Berathung des Socialisten-Gesetzes macht es zweifelhaft, daß die zweite Lesung, für welche nur drei Tage in Aussicht genommen waren, selbst ein vierter Berathungstag ausreichen wird und hier und da hört man bereits die Vermuthung aussprechen, es möchten sich die Verhandlungen bis zum 17. d. M. ausdehnen. Andererseits wird angenommen, daß die Motive für und gegen die Vorlage schon in der morgenden Sitzung hinreichend erschöpft sein werden, und die Weiterberathung dann schneller sich abwickeln wird. Von Interesse ist übrigens, daß nach einer Schätzung erfahrener Mitglieder die heutige Majorität für den § 1 in der Commissionsfassung mehr als 30 Stimmen betragen haben wird. Die Rede Hasselmanns, welche über zwei Stunden währte und fast ganz abgelesen wurde, hat überall einen abspannenden Eindruck gemacht und der Sache, der sie nutzen wollte, nur geschadet. — Die Petitions-Commission des Reichstages wird morgen zu einer Sitzung zusammentreten. Es werden wahrscheinlich nur diejenigen Petitionen festgestellt werden, welche zur Verhandlung im Plenum nicht geeignet sind. Die übrigen werden dann wahrscheinlich erst in der nächsten Session zur Verhandlung kommen, da man, wie oben angeführt worden, kaum Zeit finden wird, in der disponiblen Zeit die Berathungen über das Socialistengesetz zu beenden. Neue Verbesserungsanträge sind übrigens bereits zu § 1a (Kassenwesen) eingegangen und es scheint, daß auch diese eine längere Discussion herbeiführen wird. In Abgeordnetenkreisen glaubt man, daß die Zeitbeschränkung der Vorlage mit 2½ Jahre, wie sie die Commission vorgeschlagen hat, mit großer Majorität angenommen werden wird. Man vermuthet, daß die Regierung daran das Zustandekommen des Gesetzes nicht werde scheitern lassen. — In parlamentarischen Kreisen macht vielfach das mit großer Consequenz aufrecht erhaltene Gerücht von einer Erschütterung der Stellung des Cultusministers Dr. Falk, ein Gerücht, welches von den gegnerischen Organen mit sichtlichem Wohlgefallen aufgenommen wird, nachgerade einen peinlichen Eindruck. Von bestunterrichteter Seite wird erneut versichert, daß diese ganze Angelegenheit seit dem Mai d. J. sich in keiner Weise geändert habe und ihre Entscheidung von der damals von dem Minister bereits gestellten Bedingung nach wie vor abhängig bleibt. Des Weiteren wird uns mit Bestimmtheit versichert, daß von einer Veränderung im Justizministerium überhaupt nicht die Rede gewesen sei und der jetzige Chef dieses Ressorts vielmehr sehr thätig beschäftigt ist, um die Reihe von Ausführungsgesetzen zu den Justizgesetzen fertig zu stellen, welche dem Landtage als einer seiner Hauptaufgaben unterbreitet werden wird. — Der Bundesrath wird wahrscheinlich nicht zwischen der zweiten und dritten Lesung, sondern erst nach der letzteren zusammentreten, um das Socialistengesetz zum Abschluß zu bringen. Es steht fest, daß das Inkrafttreten desselben möglichst beschleunigt werden soll. Die Erklärungen der Regierungen über das Maß, in welchem man den Beschlüssen des Reichstages zustimmen will, werden zu den einzelnen Paragraphen schon bei der zweiten Lesung abgegeben werden.

Berlin, 10. Octbr. [Herr von Bennigsen über die Verschmelzung der Nationalliberalen und Conservativen.] Das parlamentarische Tagesereigniß bildet die in der heutigen Reichstagssitzung von dem Führer der Nationalliberalen, Abg. v. Bennigsen, abgegebenen Erklärung betreffs der vom Fürsten Bismarck vorgeschlagenen Bildung einer Reichstagsmehrheit aus Nationalliberalen, Conservativen und Freiconservativen. Um den Eindruck innerhalb und außerhalb des Reichstags kurz zu charakterisiren, bemerken wir, daß die Erklärungen des Redners einer vornehmen Ablehnung gleichkamen. Herr von Bennigsen sprach Namens seiner politischen Freunde dem Reichskanzler Dank dafür aus, daß er die Gleichberechtigung der liberalen und conservativen Partei, sowie die Nothwendigkeit des Zusammengehens beider Parteien betonte, vorausgesetzt, daß er ihre Selbstständigkeit anerkenne. Sind wir gut unterrichtet, so ging man innerhalb der nationalliberalen Partei von der Ansicht aus, daß der Reichskanzler den Moment für gekommen erachtet, unter dem Titel einer Verschmelzung der staatserhaltenden Elemente eine ministerielle Phalanx im Reichstage zu schaffen. Allerdings hätte unter den jetzigen Verhältnissen, wie sie durch das Socialistengesetz geschaffen worden, die nationalliberale Partei, wenn sie überhaupt auf das Project eingegangen wäre, einen überwiegenden Theil ihrer Mitglieder der neuen Partei zugeführt. Aber die seit Jahren mehrfach wiederholten Versuche, die nationalliberale Partei aufzulösen, sind stets an der Politik derjenigen gescheitert, welche das Zusammenhalten der Fraction als eine der Grundbedingungen ihrer parlamentarischen Wirksamkeit und der Aussichten für die nächste Zukunft erachteten. Deshalb gaben in den brennendsten Momenten (wir erinnern an das Septennat, die Justizgesetze 2c.) diejenigen, welche die Minorität in der Fraction bildeten, den Wünschen der Mehrheit stets nach, indem sie sich von Fall zu Fall den Compromissen anschlossen, welche von den Mehrheitsführern mit der Regierung vereinbart wurden. Der Abg. v. Bennigsen holte in seinen heutigen Ausführungen nicht so weit aus. Auf die Varziner Verhandlungen zurückgreifend, wies er, um einen Ausdruck des hiesigen leitenden Organs der Nationalliberalen zu gebrauchen, auf das „verlorene Paradies" hin und gab nicht undeutlich zu verstehen, welchen bitteren Bodensatz in seiner Partei die feindliche Haltung der Regierungspresse und die Gehässigkeit in der conservativen bei den Wahlen zurückgelassen hat. Das Lob, welches Herr von Bennigsen dem Reichskanzler in so reichem Maße spendete, klang zwar nicht hypothetisch, aber wie unter einem kurzen Mantel, der nicht den ganzen Körper eines Menschen zu decken vermag, blickte unter der Fülle wohlmeinender Worte die eigentliche Absicht des Redners hervor. Mit großer Gewandtheit kam er darauf zu sprechen, daß Niemand dem Fürsten Bismarck zumuthen dürfe, eine reactionäre Politik einzuschlagen, daß er mit den ihm früher feindlich gegenüberstehenden Conservativen nicht wieder pactiren könne, daß weder eine formelle, noch materielle Gemeinschaft der Nationalliberalen mit den Conservativen möglich sei u. s. w. Auf der conservativen Seite des Hauses wurde man sehr unruhig und rief den Redner wiederholt „zur Sache." Dieser ließ sich indessen nicht stören und schloß mit einem patriotischen Appell an die Parteien, allein das Wohl des Vaterlandes im Auge zu behalten. Der Reichskanzler, welcher in Folge telegraphischer Meldung im Hause erschienen war, als Herr von Bennigsen das Wort ergriff, folgte dessen Rede mit gespannter Aufmerksamkeit. Die Erwartung, daß er auf die Ausführungen antworten werde, blieb unerfüllt. Nichts war natürlicher, als dies. Die Nothwendigkeit, die bereits gebildete Mehrheit für das Gesetz nicht zu zerstören, hielt dem Anschein nach den Kanzler ab, dem Refus des Führers der Nationalliberalen zu erwidern.

Kassel, 10. Oct. [Generalfeldmarschall Graf v. Moltke] hat gestern zum ersten Male das Zimmer verlassen und einen Spaziergang im Garten gemacht.

München, 10. Octbr. [G.-L. Bothmer †.] Der Chef des Generalstabes, Generallieutenant Graf Bothmer, ist gestorben.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 8. Octbr. [Zu den Senatswahlen. — Die Festlichkeiten zum Schluß der Ausstellung. — Gambetta. — Gewitter.] Die so lange und viel discutirte Frage, wann die Senatorenwahl zu vollziehen ist, hat endlich in dem heutigen Conseil, an welchem alle Minister theilnahmen, ihre factische Beantwortung gefunden. Das „Amtsblatt" wird morgen zwei Verfügungen des Marschall-Präsidenten bringen, welche die Gemeinderäthe anweisen, am 27. Oct. ihre Delegirten zu ernennen und am 5. Jan. zur Wahl der Senatoren zu schreiten. Was nun die mit der praktischen Frage verbundene Rechtsfrage angeht, so hat, wie man versichert, auf den Wunsch Mac Mahons der Conseilpräsident und Justizminister Dufaure hierüber einige Aufklärungen gegeben, welche dem Marschall-Präsidenten als so einleuchtend erschienen, daß er nicht zögerte, die erwähnten Verfügungen zu unterzeichnen. Dufaure stützte vermuthlich das Recht der Regierung, die Wahl für den Anfang des neuen Jahres auszuschreiben, auf dieselben Gründe, welche wiederholt von Juristen und in der Presse mit großer Autorität geltend gemacht worden sind. Sie haben längst alle Welt überzeugt, mit Ausnahme der Reactionären, die ein großes Interesse daran haben, sich nicht überzeugen zu lassen. Für die öffentliche Meinung genügte es übrigens schon, daß Dufaure selber sich für jenes Recht der Regierung aussprach, denn dieser hochbetagte Staatsmann erfreut sich als Jurist und als Mensch eines solchen Rufes der Gewissenhaftigkeit und Aufrichtigkeit, seine Gesetzeskenntniß und seine Erfahrungen werden so geschätzt, er ist so sehr als ein wahrer Conservativer bekannt, daß alle, Pinard, Delsol, Lefèvre-Portalis und wie sonst die Mitglieder des sogenannten Rechtscomites der Reactionären heißen, sich vergebens gegen ihn auflehnen werden. Indessen werden selbstverständlich die Gegner der Republik jetzt, nach Entritt der Entscheidung, lauter als je darüber klagen, daß die Regierung die Verfassung verletze, indem sie die bisherigen Senatoren verhindert, bis zum März ihr Amt auszuüben. Die meisten republikanischen Blätter sind der Meinung, daß man die Leute reden lasse; der „Temps" macht jedoch den Vorschlag, ihnen durch Berufung des Congresses den Mund zu schließen. Der Congreß allein, eine aus beiden Kammern zusammengesetzte Nationalversammlung, hat bekanntlich die Befugniß, die Verfassung nicht nur zu ändern, sondern auch sie zu erläutern. Bis zum Jahre 1880 steht es nur dem Marschall Mac Mahon zu, ihn zu berufen und ist seine Berufung außerdem von der Separat-Bewilligung der einzelnen Kammern abhängig. Die Deputirten-Kammer, meint der „Temps", würde ihre Einwilligung wahrscheinlich geben; die Rechte des Senats aber könnte dieselbe nicht verringern, wenn sie sich nicht dem begründeten Vorwurf aussetzen wollte, es nur auf eine Chicane abgesehen zu haben. Es steht allerdings dahin, ob die Idee des „Temps" in der Presse und in der parlamentarischen Mehrheit Anklang finden und ob eventuell die Regierung sie gutheißen wird. — In dem heutigen Conseil hat Mac Mahon auch eine Anzahl von Ernennungen in der Magistratur unterzeichnet, die von Dufaure im republikanischen Interesse vorgeschlagen worden und endlich hat man bestimmt, daß die Ausstellung nur bis zum 10. November verlängert werden wird. Die Vorbereitungen zu den Festlichkeiten bei der Preisvertheilung werden mit großem Eifer betrieben. Die Ankunft des Prinzen von Wales ist auf den 17. ds. festgesetzt. Eine Depesche aus Kopenhagen meldet, daß der Kronprinz von Dänemark heute nach Paris abgereist ist. — Gambetta kommt heute Abend in Grenoble an und wird morgen dort seine große Rede halten. Es heißt, daß man ihm Gelegenheit geben will, auch in Paris noch einmal vor Beginn der Session zu sprechen. Zu dem Ende soll eine Versammlung im amerikanischen Circus veranstaltet werden. — Vergangene Nacht hatten wir hier ein starkes Gewitter. Auch im Süden, bei Nimes, hat ein Gewitter von heftigen Regengüssen begleitet, großen Schaden angerichtet. An verschiedenen Stellen war in dieser Nacht die Telegraphenverbindung gestört.

⊙ **Paris**, 9. October. [Eine kleine Lection für Herrn Dufaure. — Militärisches. — Astronomisches und Meteorologisches. — Personalien.] Die gestrige Entscheidung des Ministerrathes betreffs der Senatorenwahlen wird namentlich von der „République Française" höchlich gelobt. Die Regierung, meint das Gambetta'sche Blatt, hat Entschiedenheit und Festigkeit gezeigt und die Hindernisse, welche man ihm entgegenzustellen suchte, existiren nicht mehr. Das Beste ist, daß ein Entschluß, der sich noch verschieben ließ, so schnell und so einstimmig gefaßt worden ist. Es würde das jedes Mal so gehen, und die Aufgabe der Regierung würde sich sehr erleichtern, wenn das Cabinet häufiger Berathungen hielte und wenn die wichtigen Handlungen regelmäßiger der gemeinsamen Prüfung des Conseils unterworfen würden. Alsdann würde das Land eine parlamentarische Regierung in ihrer vollen Bedeutung haben, denn das Wesen einer solchen Regierung besteht gerade, was man in Frankreich noch nicht recht begriffen hat, was aber in andern constitutionellen Ländern nicht mehr docirt zu werden braucht, in der Gesammtverantwortlichkeit des Ministeriums. Die „République" benutzt diese Gelegenheit, um dem Conseilpräsidenten Dufaure eine kleine Lection in der Regierungskunst zu ertheilen. Der Passus ist merkwürdig genug, um wörtlich wiedergegeben zu werden: „Das Ministerium des 14. December besteht aus Männern, welche alle, und mit Recht, das Ansehen, die Erfahrung, die Kenntnisse und die Talente des Herrn Dufaure anerkennen. Zu wiederholten Malen haben die Collegen Dufaure's sich laut unter den Schutz dieses großen parlamentarischen Namens gestellt, und gewiß, in der politischen Welt von Frankreich würde man schwerlich einen geachteteren, geehrteren Namen auffinden. Herr Dufaure hat alles Nöthige, um ein Conseil-Präsident zu sein, wie ihn das republikanische Frankreich braucht, und immer mehr brauchen wird. Es fehlt ihm nur, wenn wir es mit dem Ausdruck der aufrichtigsten Achtung für seine Person und seine Dienste sagen dürfen, es fehlt ihm nur die Lust und der Ehrgeiz als ein Regierungshaupt aufzutreten. Er ist zu sehr Minister und nicht genug Conseilpräsident. Er ist ein unermüdlicher Arbeiter, mit einem sicheren und klaren Urtheil begabt, nicht sowohl in den großen Angelegenheiten, von denen er sich abwendet, als in den tausend und abertausend Schwierigkeiten, welche plötzlich entstehen und die Regierung in Verlegenheit bringen können und deren er sich, wenn er will, geschickt und energisch zu entledigen weiß. So liebt er sehr die Regierungsgeschäfte, aber vielleicht liebt er sie als ein Mann, der gewöhnt ist, sie eins nach dem andern vorzunehmen, statt sie mit der Leidenschaft zu lieben, welche ein großer Gesammtüberblick, ein großer Gesammtplan einflößt. Wenn er ahnte, wie außerordentlich leicht die Anwendung unserer neuen Einrichtungen unter einem starken Impuls wie der seinige werden könnte, so würde die Hälfte der Fragen, die uns noch aufhalten, bald gelöst sein." — Die Effectivstärke der französischen Armee, wie sie bei der Budgetdiscussion von den Kammern gutgeheißen ist, wird sich für das Jahr 1879 auf 496,442 Mann und 124,279 Pferde belaufen. Die Unterhaltungskosten dieser Armee werden im Budget mit 553,043,150 Francs berechnet. Die von den Einjährigfreiwilligen zu bezahlende Entschädigung von 1500 Fr. wird eine Gesammtsumme von 14,107,500 Francs liefern. Die Zahl der Einjährigfreiwilligen ist 1879 auf 6820 festgesetzt worden. In dem genannten Jahre wird man eine Reservistenklasse einberufen und die Uebungen der Territorialarmee werden wie im gegenwärtigen Jahre abgehalten werden. — Seit einigen Jahren besteht bekanntlich auf einem der französischen Pyrenäengipfel, dem Pic du Midi eine astronomische und meteorologische Beobachtungsstation unter der Leitung des Generals de Nansouty. Der General schickt sich an, mit zwei Gehilfen den vierten Winter auf der unwirthlichen Höhe zu verleben. In den eigentlichen Wintermonaten sind die drei Beobachter von aller Verbindung abgeschnitten, bereits jetzt ist ihre Hütte von einer 50 Cmtr. dichten Schneeschichte umgeben. — Emil Girardin gab gestern ein großes Diner zu Ehren des Großfürsten Constantin, welchem neben den zahlreichen russischen Gästen die Minister Waddington und Teisserenc de Bort beiwohnten. Die Herren Rivers Wilson und Göschen sind auf dem Wege nach Egypten hierselbst angekommen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 11. Octbr. Angekommen: Se. Durchl. Prinz Bariatinski aus Petersburg. Se. Durchl. Prinz Gagarin aus Petersburg.

* [Fruchtbarkeit.] Aus Bernstadt meldet man uns: Gegenwärtig ist im Hotel „zum blauen Hirsch" eine Wunderrübe aus dem Garten des Lehrers Herrn Barth II. zur Schau ausgelegt, welche ca. ½ Meter lang ist und ein Gewicht von 13½ Pfund hat.

[Schlachthausbau.] Die in Beuthen O.-S. erscheinende „Oberschles. Grenz-Ztg." theilt mit, daß ein Schlachthaus aus Privatmitteln von dem Unternehmer Herrn Kaufmann Metzner in Scharley auf Baingower Terrain, hart an der Grenze erbaut werden wird. Es werden bereits jetzt die Stallungen erbaut, während im Frühjahr k. J. mit dem Bau des Schlachthauses vorgegangen werden soll.

⊙ **Bolkenhain**, 10. Octbr. [Unglücksfall mit tödtlichem Ausgange. — Selbstmord.] Der Böttchermeister Johann Rösner in Gießmannsdorf hiesigen Kreises fand am 7. d. M. seinen unerwarteten Tod, als er damit beschäftigt war, einen Baum zu fällen. Es war dies eine dürre Erle an der Mauer des katholischen Friedhofes, welche Rösner gekauft hatte und mit deren Fällung er nebst drei Gehilfen beschäftigt war. Schon war der Stamm zum größten Theil durchsägt und Alle zogen an dem am Wipfel des Baumes befestigten Seile, als dieser stürzte und mit einem Wipfelaste den Obengenannten so am Hinterkopfe traf, daß er schwer verletzt in das danebenstehende Schulhaus getragen werden mußte, woselbst ihn bald der Tod ereilte. — Kürzlich fand die Frau X. in Einsiedel durch Erhängen ihren Tod. Dieselbe trug sich längere Zeit mit Selbstmordsgedanken, hatte sich früher schon einmal in einen Brunnen gestürzt, ohne jedoch den gewünschten Tod zu finden.

††† **Bernstadt**, 10. Octbr. [Wilddieb.] Der berüchtigte, bereits wegen Wilddieberei und Diebstahl mit mehreren Jahren Zuchthaus bestrafte Wilddieb Moka aus Cunzendorf wurde gestern aufs Neue wegen Wilddieberei verhaftet und durch 2 Transporteure an das Kreisgericht in Ohlau eingeliefert.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 10. Oct. Meldungen der „Polit. Corresp.". Aus Konstantinopel von heute: Der russische Botschafter, Fürst Lobanoff, hat in einer gestern beim Sultan gehabten Audienz die Ergreifung ausreichender Maßregeln zum Schutze der Christen gegen die Ausschreitungen und Gewaltthätigkeiten der Muselmänner in allen von den Russen geräumten Gebietstheilen verlangt. — Der Engländer Sinclair, der bis jetzt die Rhodope-Aufständischen befehligte, ist von den letzteren vertrieben worden und in Konstantinopel eingetroffen. — Nach einer der Pforte zugegangenen Anzeige hat der Führer der Aufständischen in Kozan, Achmet Pascha, den türkischen Behörden sich unterworfen. — Aus Bukarest von heute: Nach einer nächsten Sonntag stattfindenden Revue werden die zur Besetzung der Dobrudscha bestimmten rumänischen Truppen den Marsch in die Dobrudscha antreten. — Von der Drina-Grenze meldet ein Telegramm von heute: Trotz der Verstärkungen, welche die Insurgenten des Sandjaks Novibazar durch Schaaren von Arnauten aus Ipek, Prischina, Kalkandelen erhalten, ist in Folge der Fortschritte der österreichischen Truppen eine solche Panik in dem genannten Sandjakate eingerissen, daß die Städte Plevelje, Prjepolje, Sienica vollständig zur Unterwerfung bereit sind. Dagegen wird das fortwährende Eintreffen regulärer türkischer Truppen, sowie großer Sendungen von Kriegsmaterial in Mitrovitza und die Verstärkung der türkischen Besatzung in Bjelopolje signalisirt.

Triest, 10. Oct. Feldzeugmeister Herzog von Würtemberg theilte der hiesigen Handelskammer und der Handelskammer von Spalato die Eröffnung einer gesicherten Verbindung zwischen Dalmatien und Trawnik mit und fordert zu Anknüpfung von Handelsverbindungen in den für die bosnischen Garnisonen nöthigen Artikeln auf.

London, 10. Octbr. Das „Reuter'sche Bureau" theilt über den Inhalt der jüngsten türkischen Note Folgendes noch nachträglich mit: Savfet Pascha ersucht in derselben Karatheodori Pascha, dem Wiener Cabinet mitzutheilen, daß die Pforte vollständig bereit gewesen wäre, eine Convention vor dem Einmarsch der österreichischen Truppen in Bosnien abzuschließen unter der Bedingung, daß die Souveränität des Sultans und der provisorische Charakter der Occupation anerkannt würden. Da aber der Einmarsch der Truppen ohne Abschluß einer Convention erfolgt sei, habe die Bevölkerung nicht gewußt, wie sie sich verhalten sollte und sich geweigert, die Occupation anzuerkennen. Jetzt könne der Sultan, in Folge des Verfahrens der österreichischen Truppen und der durch dasselbe hervorgerufenen Erregtheit seiner Unterthanen, nicht eine Convention abschließen, die einfach eine Sanction des Blutvergießens sein würde. Der Sultan werde sich daher, unter Wahrung seiner Souveränetätsrechte und unter Anerkennung des provisorischen Charakters der Occupation darauf beschränken, die Stipulationen des Berliner Vertrages zu beobachten. In der Depesche wird sodann den freundschaftlichen Gesinnungen gegen Oesterreich Ausdruck gegeben und die Hoffnung ausgesprochen, daß das gute Einvernehmen zwischen der Pforte und Oesterreich fortdauern werde. Die Depesche hebt schließlich hervor, daß in dem Sandjak von Novibazar vollkommene Ruhe herrsche und daß die Pforte sich verpflichte, ein feindseliges Ueberschreiten der Grenze zu verhindern. Demgegenüber verlange die Pforte, daß Oesterreich auf die Occupation Novibazars verzichte, welche schreckliche Unglücksfälle nach sich ziehen würde. — Das „Reutersche Bureau" veröffentlicht ferner eine zweite Depesche Savfet Paschas, in welcher er Karatheodori Pascha anweist, dem Grafen Andrassy mitzutheilen, daß die Pforte Details über die von den österreichischen Truppen begangenen Grausamkeiten erhalten habe, Karatheodori solle an die Gefühle der Menschlichkeit und die Sympathie des Grafen Andrassy appelliren, damit dieser dem bisherigen Auftreten der Truppen Einhalt thue. Diese Depesche ist allen Mächten mitgetheilt worden mit der Bitte, die Vorstellungen Karatheodori Paschas zu unterstützen.

Berliner Börse vom 10. October 1878.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	95,70 bz
Consolidirte Anleihe.	4½	104,70 bz
do. do. 1876	4	96,00 bz
Staats-Anleihe	4	95,40 bzG
Staats-Schuldscheine	3½	92,40 bzG
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	145,75 G
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,50 B
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,70 B
Pommersche	3½	84,50 B
do.	4	95,00 G
do.	4½	102,80 bz
do. Ldsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,90 G
Schlesische	3½	85,75 G
Ldschaftl. Central	4	95,00 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	96,50 bz
Pommersche	4	95,90 bz
Posensche	4	95,40 bz
Preussische	4	95 25 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	99,00 G
Sächsische	4	98,20 bz
Schlesische	4	96,60 B
Badische Präm.-Anl.	4	121,00 B
Baierische 4% Anleihe	4	123,00 B
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	116,60 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	72 75 etbzG

Kurh. 40 Thaler-Loose 244 25 bz
Badische 35 Fl.-Loose 142,60 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 82,70 bz
Oldenburger Loose 138,00 B

Ducaten 9,65 bz	Dollars 4,18 G
Sover. 20,39 bz	Oest. Bkn. 172,25 bz
Napoleon 16,22 bzB	do. Silbergd. —
Imperials 16,65 G	Russ. Bkn. 201,25 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	108,00 bzG
Unkb.Pfd.d.Pr.Hyp.-B.	4½	97,00 bzG
do. do.	5	102,00 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,00 bzG
do. do. do.	5	100,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 G
Unkünd. do. (1872)	5	102,10 B
do. rückzb. à 110	5	107,70 B
do. do. do.	4½	98,75 bz
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,00 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100,30 bz
Hyp.-Anth.Nord-G.C-B	5	94,25 bzG
do. do. Pfandbr.	5	94,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	97,00 G
do. do. II. Em.	5	93,00 bzB
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,80 B
do. do. II. Em.	5	105,90 bzB
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	100,50 B
do. 4½ do. do. m.110	4½	93,00 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	107,25 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	— —
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	92,40 bz
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	99,20 bz
do. do.	4½	95,10 bz
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,00 G
do. do. 4½%	4½	98,70 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.1./7.)	4 1/5	63,20 bz
do. 1./4.1./10.)		63,80 bzG bzB
do. Goldrente	4	61,75 bzG
do. Papierrente	4 1/5	52,40-52,50 et
do. 54er Präm.-Anl.	4	99,90 bz
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	105,25 bz
do. Credit-Loose	fr.	292,60 bzG
do. 64er Loose	fr.	255,00 G
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	147,30 bz
do. do. 1866	5	145,60 bzG
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	73,00 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	73,75 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	80,80 bz
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	61,60 bzG
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	55,10 etbzG
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,30 G
do. do. 1885	6	— —
do. 5% Anleihe	5	103,40 bzB
Ital. 5% Anleihe	5	72,95 B
Ital. Tabak-Oblig.	6	101,70 G
Raab-Grazer 100Thlr.L	4	79,25 bzG
Rumänische Anleihe	8	100,80 bzG
Türkische Anleihe	5	11,90 bz
Ungar. Goldrente	6	72,10 etbzB
Ung. 5%St.-Eisenb.-Anl.	5	79,70 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose		—
Finnische 10 Thlr.-Loose		38,30 bzG
Türken-Loose		36,00 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,00 B
do. III. v. St.3½g.	3½	85,50 B
do. do. VI.	4½	99,80 G
do. Hess. Nordbahn	5	103,25 bz
Berlin-Görlitz	5	102,00 B
do.	4½	90,75B C85,50
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. Lit. G.	4½	96,00 B
do. do. H.	4½	94,90 bzG
do. do. J.	4½	94,90 bzG
do. do. K.	4½	94,90 bzG
do. von 1876.	5	101,70 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	—
do. Lit. B.	4½	100,10 G
do. IV.	4	95,00 G
do. V.	4	93,50 G
Halle-Sorau-Guben	4½	101,40 G
Hannover-Altenbeken.	4½	96,75 G
Märkisch-Posener	5	102,50 B
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,50 G
do. do. II. Ser.	4	95 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,00 B
do. do. III. Ser.	4	95 bz
Oberschles. A.	4	94 G
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	86,00 B
do. F.	4½	100,80 G
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	101,30 bzG
do. von 1869.	5	101,40 G
do. von 1873.	4	92,10 G
do. von 1874.	4½	100,20 bz
do. Brieg-Neisse	4½	—
do. Cosel-Oderb.	4	96,25 G
do. do.	5	103,25 G
do. Stargard-Posen	4	93,00 G
do. do. II. Em.	4½	100,25 B
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	78,50 G
Ostpreuss. Südbahn	4½	99,50 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	100,40 B
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Dux-Bodenbach	fr.	64,75 G
do. II. Emission	fr.	54,10 G
Prag-Dux	fr.	20,25 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	86,25 G
do. do. neue	5	84,50 G
Kaschau-Oderberg	5	61,10 bzG
Ung. Nordostbahn	5	57,60 bzB
Ung. Ostbahn	5	64,25 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	66,60 G
do. do. II	5	69,00 bzG
do. do. III.	5	60,80 bz
do. do. IV.	5	57,40 bz
Mährische Grenzbahn	5	47,30 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	15,75 bzB
do. II.	fr.	17,30 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	65,40 bzG
Oesterr.-Französische	3	342,00 bz
do. do. II.	3	327,50 G
do. südl. Staatsbahn	3	242,00 bzB
do. neue	3	241,70 G
do. Obligationen	5	81,30 G
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	81,60 bz
Warschau-Wien II.	5	96,00 G
do. III.	5	94,25 bz
do. IV.	5	84,00 bzG
do. V.	5	81,50 bzG

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	2½	168,95 bz
do. do.	2 M.	3½	167,80 bz
London 1 Lstr.	3 M.	5	20,265 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	80,90 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	200,25 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	200,80 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	172,25 bz
do. do.	2 M.	4½	170,90 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien

Divid. pro	1876	1877	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	½	4	15,00 bz
Berg.-Märkische.	3 3/5	3⅓	4	77,75 bz
Berlin-Anhalt	6	5¾	4	81,50 bzG
Berlin-Dresden	0	0	4	10 35 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	13,00 bzG
Berlin-Hamburg.	11	11½	4	198,10 bzG
Berl.-Potsd-Magdb	3½	3½	4	81,00 bzG
Berlin-Stettin	8 9/10	7 1/10	4	113,75 bzG
Böhm. Westbahn.	5	5	5	70,10 bz
Breslau-Freib.	5	2½	4	63,50 bzB
Cöln-Minden	6⅙	5 1/20	4	104,50 bz
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	— —
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9	4	99,75 B
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	12,30 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	11,80 bz
Kaschau-Oderberg	4	4	5	44 60 B
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	51,00 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	181,20 bz
Märk.-Posener	0	0	4	17,75 bzG
Magdeb.-Halberst.	8	8	4	127,50 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	5	5	72,00 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,25 bz
Oberschl. A.C.D.E.	9⅔	8½	3½	126 40 bz
do. B.	9⅔	8½	3½	120 bzB
Oesterr.-Fr. St.-B.	5⅔	6	4	44[illegible],00-4[illegible],00
Oest. Nordwestb.	5	4,15	5	189,50 bzG
Oest.Südb.(Lomb.)	0	0	4	120,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	40,60 bzB
Rechte-O.-U.-B.	6⅔	6⅓	4	105,40 B
Reichenberg-Pard.	4⅔	4	4½	35,00 bz
Rheinische	7½	7	4	108,00 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93,25 bz
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	7,25 bz
Rumän. Eisenbahn	1	2	4	32,10 bzG
Schweiz Westbahn	8/5	0	4	12,60 bz
Stargard-Posener	4½	4⅗	4½	100,50 bzG
Thüringer Lit. A.	9⅙	7½	4	116 30 bzG
Warschau-Wien.	8⅔	5	4	168,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	0	5	23,60 bzG
Berlin-Görlitzer	0	0	5	32 25 B
Breslau-Warschau	0	0	5	21,50 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	41,00 bzB
Hannover-Altenb.	0	0	5	27,00 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	21,50 bzG
Märkisch-Posener	3⅚	4¾	5	85,70 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	77,80 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	105,40 bz
Ostpr. Südbahn	5	5	5	99,75 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅔	6⅓	5	111,25 etbzG
Rumänier	8	8	8	85,50 bz
Saal-Bahn	5	0	5	16,75 bzG
Weimar-Gera	0	0	5	14,75 bz

Bank-Papiere.

Alg.Deut.Hand.-G	0	2	4	30,00 bzG
AngloDeutscheBk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	8 4/15	4	147,00 B
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	65,00 bz
Brl.Prd.-u.Hdls.-B.	6½	6	4	71,06 bz
Braunschw. Bank.	5	3	4	84,40 B
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	66 60 bz
Bresl. Wechslerb.	5⅔	5⅓	4	74,00 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	76,60 G
Danziger Priv.-Bk.	7	6	4	106,00 B
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	116,00 bzB
Darmst. Zettelbk.	5⅙	5¾	4	100,00 G
Deutsche Bank	6	6	4	104,50 bzG
do. Reichsbank	6½	6,29	4½	154,60 bz
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	87,50 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	129,60 bzG
do. ult.	4	5	4	129,00-,60
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	91,50 G
do. junge	5½	5½	4	95,00 G
Goth. Grundcredb.	8	8	4	100,50 bz
Hamb. Vereins-B.	10	10 5/9	4	— —
Hannov. Bank	5 14/15	6	4	102,60 B
Königsb. Ver.-Bnk.	5⅛	6	4	85,00 G
Lndw.-B.Kwilecki	5⅛	0	4	52 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	5⅔	4	113,50 G
Luxemburg. Bank	6	6⅔	4	105,50 bzG
Magdeburger do.	6	5 9/10	4	168,00 B
Meininger do.	2	2	4	78,92 bzG
Nordd. Bank	8	8½	4	— —
Nordd.Grundcr.-B.	6	5	4	65,00 bzB
Oberlausitzer Bk.	1⅔	3	4	61,00 G
Oest. Cred.-Actien	1¼	8⅛	4	389½-90½
Posner Prov.-Bank	8½	6⅓	4	100,00 G
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	94 90 bzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	119,00 bzG
Sächs. Bank	8	5¾	4	104,40 bz
Schl. Bank-Verein	6	5	4	88,00 G
Weimar. Bank	0	0	4	36,75 bzG
Wiener Unionsbk.	11 1/14	5¾	4	110,00 B

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	4,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	27 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	11,00 G
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	19,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	10 G
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5⅔	—	fr.	105,50 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	62,00 G
Thüringer Bank	0	0	fr.	75 bz

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	355 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	6,00 G
do. Reichs-u.Co.-E.	0	0	4	71,10 bz
Märk. Sch.Masch.G	0	0	4	21,25 G
Nordd. Gummifab.	5	4	4	49,60 G
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	0,25 G
Pr.Hyp.-Vers.-Act.	12⅔	8	4	90,50 bzB
Schles. Feuervers.	19	25	4	960 G
Donnersmarkhütt.	3	3	4	27,60 bzG
Dortm. Union	0	—	4	7,50 bzG
do. abgest.	0	—	4	11 75 bz
Königs- u. Laurah.	2	2	4	70,50 G
Lauchhammer.	0	—	4	23,75 G
Marienhütte	3	3	4	51,75 B
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Cons. Redenhütte	0	—	4	15,00 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	12 G
Schl.Zinkh.-Actien	7	6¼	4	86,50 bzB
do. St.-Pr.-Act.	7	6¼	4½	94,50 G
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	43,00 B
Vorwärtshütte	0	0	4	4,00 B
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	6 G
Bresl. Bierbrauer.	0	6	4	
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	1	4	53,75 B
do. ver. Oelfabr.	3⅔	5	4	51,50 B
Erdm. Spinnerei	0	0	4	26 B
Görlitz. Eisenb.-B.	1⅓	—	4	59 90 bzG
Hofm's Wag.Fabr.	0	0	4	16,50 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	32,50 B
Schl. Leinenind.	5½	—	4	67,00 G
do. Porzellan	6	1½	4	35,00 B
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	24,80 G

Bank-Discont 5 pCt.
Lombard-Zinsfuss 6 pCt.

Berlin, 10. Octbr. [Börse.] Ungeachtet auch das Geschäft an heutiger Börse ein äußerst geringfügiges blieb, stellte sich doch im Laufe des Verkehrs ein Wechsel der Stimmung ein. Bei Beginn der Börse war die Tendenz eine wenig feste und in den Hauptspeculationspapieren waltete das Angebot entschieden vor. Die Verstimmung muß von den Nachrichten über die Verstärkung der Mittelmeerflotte seitens Frankreichs hergeleitet werden, und fand anfänglich auch in den Depeschen von den auswärtigen Börsenplätzen weitere Nahrung. Indeß wagte es bei der gänzlich fehlenden Neigung, sich an geschäftlichen Unternehmungen zu betheiligen, auch die Contremine nicht, in forcirter Weise vorzugehen. In der Coursbewegung war nur ein schwacher Druck zu bemerken und im weiteren Verlaufe besserte sich sogar die Gesammthaltung, ohne daß äußere Gründe dazu gekommen wären. Die internationalen Speculations-Papiere hielten sich ungefähr auf gesteigertem Niveau. Oesterreichische Creditactien hatten niedriger eingesetzt, zogen dann aber etwas an. Franzosen waren von vornherein fester. Die österreichischen Nebenbahnen trugen ebenfalls eine feste Physiognomie, betheiligten sich aber sehr wenig am Verkehr. Auch die localen Speculationseffecten blieben fast ganz geschäftslos, behaupteten aber ihre gestrigen Notirungen. Es notirten Disconto-Commandit ult. 129—8¾—9,40. Auswärtige Staatsanleihen zeigten eher eine schwache Besserung, trotzdem auch hier der Verkehr sehr schwach blieb. Russische Werthe machten indeß eine Ausnahme und erfuhren dieselben fast durchweg Rückgänge. Russische Noten besonders angeboten, per ultimo 201¾—201½—202—201¾, per November 202½—203¾, per December 203—203¾. Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Eisenbahn-Prioritäten unbelebt. Von einheimischen Devisen nur Halberstädter 4½ pCt. III., Stettiner und Köln-Mindener 4½ pCt. eher bevorzugt. Auf dem Eisenbahnactienmarkte stagnirte der Verkehr bei ziemlich fester Haltung fast ganz. Halberstädter und Stettiner behauptet. Anhalter schwächer, Potsdamer niedriger, aber zur herabgesetzten Notiz begehrt. Rumänen etwas gedrückt. Ostpreußische Südbahn konnten sich nur schwach behaupten, gingen aber recht lebhaft um. Nahebahn, Tilsit-Insterburg und Werra-Bahn in einigem Verkehr. Bank-Actien verhielten sich sehr still und waren im Allgemeinen wenig fest. Essener Credit steigend. Spielhagen erhöhte die Notiz. Sächsische Bank gut behauptet. Deutsche Bank ließ im Course nach. Bank für Rheinland schwächer. Luxemburger Bank niedriger. Gothaer Grundcredit (alte und junge), Schaaffhausen, Deutsche Hypothekenbank nachgebend. Industriepapiere in mäßigem Verkehr. Montanwerthe wenig beachtet. Viehhof anziehend. Continental-Pferdebahn beliebt. Große Pferdebahn in regem Verkehr, Actien besser. Sächsische Webstuhlfabrik bei lebhafter Nachfrage steigend. Schwartzkopff-Maschinen gedrückt. Görlitzer Eisenbahnbedarf zu höherem Course gefragt. Lauchhammer besser. Mägdesprung in beiden Gattungen lebhaft begehrt. Rhein.-Nassauisches Bergw. besser. Louise Tiefbau erhöhte die Notiz. Braunschweiger Kohlenw. niedriger. Westfäl. Bergw. weichend.

Um 2½ Uhr: Fest. Credit 393,—, Lombarden 121,—, Franzosen 442, Reichsbank 154,60, Disconto-Commandit 129,75, Laurahütte 70,75, Türken 11,90, Italiener 72,50, 1860er Loose —, Oesterr. Goldrente 61,60, do. Silberrente 53,80, do. Papierrente 52,15, Ung. Goldrente —, 5proc. Russen 79,75, Köln-Mindener 104,50, Rheinische 107,75, Bergische 77,75, Rumänen 32,10, Galizier —, Russische Noten 202,—.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberrent.-Cp. 172,25 bez., do. Eisenb.-Cp. 172,— bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 ₰ k. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,18,50 bez., do. Eisenbahn-Prioritäten 4, 18 bez., do. Papier-Doll. 4, 16 bez., 6% New-York-City 4, 18 bez., Russ. Central-Boden min. 20 ₰ Paris, do. Papier u. verl. min. 75 ₰ k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 ₰ Warschau, Russ.-Engl. conf. verl. 20, 48 bez., Russischer Zoll 20,45—44 bez., 22er Russen 20,72 bez., Große Russ. Staatsbahn —,— bez., Russ. Boden-Credit 20,30 bez., Warschau-Wiener Comm. —,—, 8% Rumänische St.-Anl. —,—, Warschau-Terespol 20,16 bez., 3% u. 5% Lombard. min. 10 ₰ Paris, Diverse in Paris zahlbar minus 20 ₰ Paris, Holländische minus 25 ₰ Amsterdam, Schweizer minus 50 ₰ Paris, Belg. minus 30 ₰ Brüssel, Verl. Lstr.-Obligationen 20,41 bez.

[Geheimer Commerzienrath Oppenheim †.] Am 9. Octbr. ist in Köln der Geheime Commerzienrath Baron Abraham Oppenheim, Chef des ersten Bankhauses in Köln, gestorben.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 10. Octbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 477. Pariser Wechsel 80, 90. Wiener Wechsel 172, 40. Böhmische Westbahn 140⅛. Elisabetbahn 137¼. Galizier 199. Franzosen*) 219½. Lombarden*) 59¾. Nordwestbahn 95½. Silberrente 53 13/16. Papierrente 52 5/16. Goldrente 61¾. Ungar. Goldrente 72, Italiener —. Russ. Bodencredit 73⅞. Russen 1872 80¼. Neue russische Anleihe 79⅞. Amerikaner 1885 99¾. 1860er Loose 105⅜. 1864er Loose —, —. Creditactien*) 193⅞. Oesterr. Nationalbank 677, 00. Darmst. Bank 115¾. Meininger Bank 79¼. Hessische Ludwigsbahn 72¼. Ungarische Staatsloose 148, 80. do. Schatzanweisungen, alte, 102½. do. Schatzanweisungen neue, 96¼. do. Ostbahn-Obligationen 63⅜. Central-Pacific 103⅜. Reichsbank 155. Deutsche Reichsanleihe 95⅝. Ungar. Nordostbahn-Gold-Prioritäten —. Schwedische Pfandbriefe —. Privat-Discont — Procent. — Still.

Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 194¼, Franzosen 219⅝, Lombarden —, —, Galizier —,—, 1860er Loose —, —, ungarische Goldrente —, Russen de 1877 —, österr. Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 10. October, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116¼, Silberrente 53⅝, Goldrente 61½, Credit-Actien 195½, 1860er Loose 106⅜, Franzosen 550, Lombarden 147½, Italien. Rente 72½, Neueste Russen 80, Vereinsb. 122½, Laurahütte 70½, Commerzbank 101⅛, Norddeutsche 138½, Anglo-deutsche 34, Internationale Bank 84, Amerik. de 1885 97½, Köln-Minden. St.-A. 104¼, Rhein. Eisenb. do. 108, Berg.-Märk. do. 78, Disconto 3¾ pCt. — Fest.

Hamburg, 10. Octbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine flau. Roggen loco und auf Termine still. Weizen per October-November 170 Br., 169 Gd., per April-Mai 176 Br., 175 Gd. Roggen per October-November 111 Br., 110 Gd., per April-Mai 118 Br., 117 Gd. Hafer flau. Gerste matt. Rüböl still, loco 60½, pr. October 60, pr. Mai 61½. Spiritus matt, per Octbr. 44¾ Br., pr. Octbr.-Novbr. 42½ Br., pr. Dec.-Januar 41½ Br., pr. April-Mai 41½ Br. Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum matt, Standard white loco 9, 60 Br., 9, 50 Gd., pr. October 9, 35 Gd., pr. November-December 9, 50 Gd. — Wetter: Wolkig.

Liverpool, 10. Octbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 3000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 10. Octbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Unverändert.

Middl. Upland 6⅝, middl. Orleans 6 9/16, middl. fair Orleans 7¼, middl. Mobile 6¾, fair Pernam 6⅝, fair Bahia 6¾, fair Maceio 6¾, fair Maranham 7⅛, fair Rio —, middl. Egyptian 6, fair Egyptian 7⅝, good fair Egyptian 7⅞, fair Smyrna 6, fair Dhollerah 4⅞, fully good fair Dhollerah 5 5/16, middl. fair Dhollerah 4 11/16, middl. Dholl. 4, good middl. Dhollerah 4¼, fair Domra 4¾, good fair Domra 5 5/16, fair Scinde 5¾, fair Madras 5⅜, fair Bengal 4 13/16, good fair Bengal 4 7/16, fair Tinnevelly 5¾, fair Broach 5 5/16.

Pest, 10. Octbr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco fester, volle Preise, Termine unverändert, per Herbst 8, 60 Gd., 8, 68 Br. Hafer per Herbst 5, 60 Gd., 5, 65 Br. Mais (Banat) per Mai-Juni 5, 00 Gd., 5, 05 Br. — Wetter: Prachtvoll.

Paris, 10. Octbr., Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per October 26, 75, per November-December 27, 00, per Novbr.-Februar 27, 00, per Januar-April 27, 25. Mehl matt, per October 65, 00, pr. November-December 62, 25, pr. November-Februar 61, 75, pr. Januar-April 61, 50. Rüböl steigend, per October 86, 75, per Novbr. 87, 25, per December 87, 25, per Januar-April 87, 00. Spiritus weichend, per October 60, 00, per Novbr.-Decbr. —, per Januar-April 60, 00. — Wetter: Regen.

Paris, 10. Oct., Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Octbr. pr. 100 Klgr. 52, 00, Nr. 5 7/8 pr. Octbr. per 100 Kilogr. 59, 00. Weißer Zucker steigend, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Octbr. 61, 50, per Nov. 61, 75, pr. Jan.-April 63, 00.

London, 10. Octbr. Havannazucker ruhig.

Antwerpen, 10. Octbr., Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer weichend. Gerste still.

Antwerpen, 10. Octbr., Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23¾ bez., 23½ Br., per Nov. 23⅞ Br., per December 24 Br., per Januar-Februar 24½ Br. — Ruhig.

Bremen, 10. Octbr., Nachmittags. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 35, per Novbr. 9, 45, pr. December 9, 65, per Jan.-März 9, 80.

London, 10. Octbr. [Bankausweis.] Totalreserve 10,215,000 Pfd. Sterl. Notenumlauf 28,940,000 Pfd. Sterl. Baarvorrath 24,155,000 Pfd. Sterl. Portefeuille 20,930,000 Pfd. Sterl. Guthaben der Privaten 25,967,000 Pfd. Sterl. Guthaben des Staatsschatzes 4,142,000 Pfd. Sterl. Notenreserve 9,283,000 Pfd. Sterl.

Berlin, 10. Octbr. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist schön und sehr warm. Die Stimmung für Getreide war sehr gedrückt im Beginn der heutigen Börse, erlangte im Verlauf derselben aber Festigkeit. — Roggen wurde anfänglich billiger erlassen, die Verkäufer zogen sich indessen bald wieder zurück, als mäßiger Begehr sich geltend machte. Schließlich ist in den Preisen gegen gestern kaum etwas verändert. Loco schwacher Handel, Eigner halten auf feste Preise. — Roggenmehl matt. — Weizen anfänglich flau und niedriger, hat sich vollständig erholt und schließt nach leidlichem Umsatz eher noch eine Kleinigkeit besser als gestern. — Hafer loco preishaltend. Termine ohne Aenderung. — Rüböl fest und merklich besser bezahlt. Anerbietungen machten sich im Allgemeinen knapp, besonders aber fehlte es an Verkäufern für October. — Petroleum fest. — Spiritus hat mehrseitiger Kauflust eine bemerkbare Preissteigerung zu danken. Das Geschäft gestaltete sich leidlich rege.

Weizen loco 150—195 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelb russ. 168½ Mark ab Boden bez., per October 168—169 Mark bez., per October-November 168—169 M. bez., per November-December 169—170 M. bez., per April-Mai 176—177½ M. bez., per Mai-Juni 179½—180½ M. bez. Gekündigt 8000 Ctr. Kündigungspreis 168 Mark. — Roggen loco 110 bis 135 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, neuer inländischer 127—132 Mark, hochfeiner 134 M., russ. 110 bis 112 Mark ab Bahn und Kahn bez., per October 112½—112—112½ M. bez., per October-November 112½—112—112½ Mark bez., per November-December 114—113¾—114 Mark bez., per December-Januar 115½—115—116 M. bez., per April-Mai 119½—118½—119 M. bez., per Mai-Juni — M. bez. Gekündigt 15,000 Ctr. Kündigungspreis 112½ Mark. — Gerste loco 115 bis 185 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer loco 105 bis 160 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreuß. 118 bis 131 Mark bez., russ. 110 bis 127 Mark bez., pommerscher 128—132 M. bez., schlesischer 120 bis 130 M. bez., böhmischer 120 bis 130 Mark ab Bahn bez., per October 129½ M. bez., per Octbr.-Novbr. 123 M. bez., per November-December 122 Mark Gd., per April-Mai 123—123½ Mark bez. Gekündigt 6000 Ctr. Kündigungspreis 129½ Mark. — Erbsen: Kochwaare 156 bis 195 M., Futterwaare 130 bis 155 Mark. — Weizenmehl per 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 25,50—24,50 Mark Nr. 0 und 1: 24,50 bis 23,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 19,00—17,00 Mark bez., Nr. 0 und 1: 17,00 bis 15,00 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per October 16,75 Mark bez., per October-November 16,70 Mark bez., per November-December 16,70 Mark bez., per December-Januar 16,80 M. bez., per Januar-Febr. 16,80 M. bez., per April-Mai 16,90 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Oelsaaten: Winter-Raps loco 238 bis 248 M., Winter-Rübsen loco 230 bis 240 Mark bez. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß — Mark bez., ohne Faß 60,5 M. bez., per October 60—60,7—60,5 Mark bez., per October-November 58,8 Mark bez., per November-December 58,5 Mark bez., per December-Januar — Mark bez., per April-Mai — M. bez., per Mai-Juni 58,9—59,2 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Leinöl loco 65 M. pr. 100 Kilo Netto incl. Faß bez. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 21,8 Mark bez., per October — Mark bez., per October-November 21 M. bez., per November-December 21,5 M. bez., per December-Januar 22 Mark bez., per April-Mai — Mark bez. Gekündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 21,5 Mark.

Spiritus loco „ohne Faß" 52,5 Mark bez., in einem Falle 52 M. bez., per October 51,6—52,2 M. bez., per October-November 50—50,4 M. bez., per November-December 49,3—49,7 Mark bez., per April-Mai 51,3—51,7 Mark bez., per Mai-Juni 51,6—51,9 Mark bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

Breslau, 11. Octbr., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen schleppend, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen in ruhiger Stimmung, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,80 bis 16,20—17,60 Mark, neuer gelber 13,40 bis 16,00 bis 17,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur feine Qualitäten gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 11,40 bis 12,20—13,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. neue 12,40 bis 13,50 Mark, weiße 14,20—14,70 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neuer 10,30 bis 10,80—11,30 bis 12,30 Mark.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 11,40—12,40—13,20 Mark.

Erbsen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 12,80—13,80—16,00 Mark.

Bohnen schwach preishaltend, pr. 100 Kilogr. 17,00—18,00—19,00 Mark.

Lupinen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. gelbe 8,00 — 8,20 bis 8,50 Mark, blaue 8,00—8,10—8,40 Mark.

Wicken ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark.

Oelsaaten ohne Aenderung.

Schlaglein schwache Kauflust.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	23	50	21	—
Winterraps	25	25	22	25	19	25
Winterrübsen	24	75	22	25	19	25
Sommerrübsen	25	—	21	—	18	50
Leindotter	22	50	21	—	18	—

Rapskuchen matter, pr. 50 Kilogr. 6,90—7,10 Mark.

Leinkuchen ruhiger, pr. 50 Kilogr. 8,40—8,80 Mark.

Kleesamen schwächer angeboten, rother ruhig, pr. 50 Kilogr. 40—42 bis 47 Mark, weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 45—58—64 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—19—20,50 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 26,50—28,50 Mark, Roggen fein 19,25—20,25 Mark, Hausbacken 18,50—19,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8,75—9,50 Mark, Weizenkleie 7,20—8,00 Mark.

Heu 5,40—5,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 20,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

October 10., 11.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 15°,4	+ 11°,1	+ 9°,9
Luftdruck bei 0°	330''',92	331''',11	331''',65
Dunstdruck	4''',41	4''',33	3''',63
Dunstsättigung	60 pCt.	83 pCt.	77 pCt.
Wind	S. 2.	S. 1.	SW. 1.
Wetter	wolkig.	heiter.	trübe.

Breslau, 11. Oct. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 46 Cm. U.-P. — M. — Cm.

Literarisches.

„**Nord-Amerika, seine Städte und Naturwunder, sein Land und seine Leute.**" Herausgegeben von Ernst von Hesse-Wartegg. Verlag von Gustav Weigel in Leipzig. Das Werk erscheint in drei starken Bänden, von denen der erste die östlichen Staaten und Canada, der zweite den großen Westen und die Felsengebirge, und der dritte Californien, die spanischen Territorien und die Südstaaten in eingehender und auf genauer Sachkenntniß beruhender Weise behandelt. Der Herausgeber wurde bei seiner umfassenden Arbeit unterstützt von Udo Brachvogel, Bret Harte, Theodor Kirchhoff, Henry de Lamothe, Charles Nordhoff, Friedrich Ratzel, Bayard Taylor u. A. Das Werk giebt eine eingehende Schilderung des transatlantischen Continents in Wort und Bild; alle Theile der Vereinigten Staaten und Canadas, von Florida bis Oregon, von Texas bis Labrador werden darin berücksichtigt. Der gewaltige nordamerikanische Continent wird in diesem Werke für deutsche Leser eingehend, treu und in anziehender Form geschildert. Die Wunderländer Californien, Colorado und Nevada, die Felsengebirge mit ihren Parks und Canons werden darin zum ersten Male und von vielen charakteristischen Illustrationen begleitet, dem Publikum erschlossen. Die Schilderungen umfassen nicht nur die größten und berühmtesten Städte und landschaftlichen Schönheiten des großen Continents, sondern auch hauptsächlich das Leben der verschiedenen Gesellschaftsklassen und Menschenracen, das Leben und Treiben in den Gold- und Silberminen Colorados und Nevadas, in den Kohlen- und Petroleumdistricten Pennsylvaniens, das Flußleben auf dem Mississippi und Missouri, das Emigrantenleben in den Prairien, die Lebensweise, Sitten und Gebräuche der Neger, Indianer und Chinesen u. s. w. Alle diese Schilderungen, die das Interesse des Lesers gewiß in hohem Maße erregen werden, beruhen auf eigener Anschauung und eigener Erfahrung und bieten somit ein wahrheitsgetreues Bild des Lebens in Amerika. Dieses Werk dürfte sehr dazu beitragen, die vielfach verbreiteten, unrichtigen Vorstellungen über Land und Leute der Vereinigten Staaten richtig zu stellen. Dem Texte sind gegen 300 Illustrationen, darunter zahlreiche Original-Illustrationen von der Hand erster Künstler, beigefügt. Herausgeber und Verlagshandlung scheuten keine Kosten, das Buch textlich, wie bildlich zu einem schönen und gediegenen Prachtwerke zu gestalten.

R.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.